

Chronik

Niederlößnitz

Adolf Schruth

1930

Foto- und Kopierarbeiten,
neue Straßennamen, Gemeindesiegel und Altgemeindenplan zugefügt
von Manfred Richter, 2010

Inhalt	Seite
Niederlößnitz	3
Die älteste Zeit	4
Das 15. Jahrhundert	5
Der Dinghellerstreit	6
Das 16. und 17. Jahrhundert	7
Das 18. Jahrhundert	7
Das 19. Jahrhundert	9
Gemeindesiegel	16
Das 20. Jahrhundert	26
Anhang	
Die Gründungsgeschichte	33
Plan der Altgemeinden	35

Niederlößnitz

Alle Orte, die wir heute unter dem Landschaftsbegriff **"Die Lößnitz"** zusammenfassen und die den Stadtkreis von Radebeul bilden, sind während ihrer ganzen Entwicklungsgeschichte mehr oder weniger mit der des Weinbaues unserer Heimat verbunden gewesen. Waren aber die Orte in der Talaue von Anfang an, seit der Zeit der deutschen Wiederbesiedlung als Bauerndörfer, in erster Linie auf den Getreide- und sonstigen Feldbau angewiesen und ihre steuerlichen Leistungen an die Grundherren darauf aufgebaut, so verdankte die Gemeinde Niederlößnitz und auch ihr Schwesterort Oberlößnitz ihr Dasein ausschließlich dem Weinbau. Ohne ihn wäre es bei beiden nicht zur Bildung selbständiger Gemeindegewesen gekommen. Ihre Fluren wären ohne den Weinbau jedenfalls in denen ihrer Nachbardörfer aufgegangen. So aber entwickelten sich aus den ersten Weinbergen, die die Kolonisatoren an den steilen Berghängen anlegten, innerhalb eines halben Jahrtausends zwei in ihrer Struktur von den alten Bauerndörfern der Talaue grundverschiedene Gemeindegewesen, die als solche allerdings kaum ein Jahrhundert bestanden.

So gleichmäßig auch sonst die Entwicklung dieser beiden eigentlichen Lößnitzorte gewesen ist, in einem unterscheidet sich die Vorgeschichte der Gemeinde Niederlößnitz wesentlich von der des benachbarten Oberlößnitz: Entstand dessen Talflur ohne - von ganz unbedeutenden Landabtrennungen Radebeuler Bauern im 17. Jahrhundert abgesehen - in die Fluren von Radebeul und Serkowitz einzugreifen, so trennte die von Niederlößnitz die Ortsflur von Kötzschenbroda in zwei Teile, in die in der fruchtbaren Elbaue liegende Unterflur und in die walddreiche des Oberortes. Wenn bisher in der ortsgeschichtlichen Literatur der Lößnitz angenommen wurde, dass die Oberortflur von Kötzschenbroda erst im 15. Jahrhundert durch Kauf an die Altgemeinde gekommen sei, so geschah das in Unkenntnis einer im Pfarrarchiv der Friedenskirche von mir aufgefundenen Niederschrift über eine Grenzstreitigkeiten betreffende Verhandlung zwischen Kötzschenbroda und Lindenau aus dem Jahre 1521, in der auf eine Grenzregelung in der Mitte des 14. Jahrhunderts Bezug genommen wird. Damit ist aber der Nachweis geführt, daß die Oberflur schon in damaliger Zeit zum Hauptorte gehörte und, wie die Waldfluren von Naundorf und Zitzschewig, annehmbar schon seit der Einrichtung der Dorfflur in der Kolonisationszeit dem Orte zugewiesen worden sein wird.

Das ursprünglich irgendein kommunaler Zusammenhang der Weinbergsflur des späteren Niederlößnitz mit Kötzschenbroda bestanden haben muss, der sich im Laufe der Zeit mehr und mehr lockerte, darauf läßt das Urteil des Leipziger Schöppenstuhles von 1469 schließen, das die Beitragspflicht der Besitzer der sogenannten Herrenberge zu einigen kommunalen Lasten der Altgemeinde festlegte und den Dresdner Rat, der diese Frage aufrollte, ins Unrecht setzte. Wie sich die Verhältnisse, die zur völligen kommunalen Unabhängigkeit der Niederlößnitz führten und die Bildung einer selbständigen politischen Gemeinde vorbereiteten, seit dem 15. Jahrhundert in ihren Einzelheiten entwickelten, läßt sich heute nicht mehr feststellen.

Die älteste Zeit

Die ganze Elbland zwischen Dresden und Meißen war nach der Wiedergewinnung durch die Deutschen Königsgut geworden. Unser Lößnitzgebiet scheint zunächst den Meißner Bischöfen übereignet worden zu sein. In den ältesten Urkunden, die sich erhalten haben, treten die Bischöfe als oberste Lehnsherren, die Burggrafen von Dohna (Donym) als deren Lehnsträger in der Lößnitz auf. Auch der in der ältesten, den Lößnitzer Weinbau betreffenden Urkunde von 1271 genannte Besitzer eines Weinberges bei Kötzschenbroda *) , Dietrich von Zlauschitz, der den Nonnen des Klosters Sitzenrode eine bestimmte Menge Wein übereignete, war ebenso wie die Dohnas ein Lehnsmannt der Meißner Kirche. Deutlich tritt die Lehnshoheit der Meißner Kirche in den nächsten Urkunden hervor. 1286 eignet der Bischof Withego von Meißen dem Maternihospital zu Dresden, das in jener Zeit gegründet wurde, zwei Weinberge in "Koschebrode", die ihm die Burggrafen Otto von Donym und Otto von Grefenstein resigniert hatten **). Sie gaben also ihrem Lehnsherren, dem Meißner Bischof, *die von ihm zu Lehn empfangenen Berge zurück*, damit er sie nach ihrem Wunsche dem genannten Hospital übereigne. Wiederholt treten in späteren Urkunden die Burggrafen als Besitzer von Weinbergen auf. Am 04.Okt. 1287 überlassen die Dohnas einen ihrer Weinberge im Afterlehen einem Herrn von Lindenowe (Lindenau), der seinerseits wieder Zinsen davon einem Ritter Thylich von Hounsberg übereignet. Der von Lindenau nahm mit anderen Worten auf das ihm von den Dohnas verlehnte Weinbergsgrundstück von dem Hounsberg eine Hypothek auf, deren Zinsen in Wein gezahlt wurden. Eine spätere Übertragung dieser Weinzinsen an das Kloster Alt-Zella wird von den Burggrafen zu Dohna 1324 bestätigt. Zwei Jahre vorher werden die *Ebenberge* zum ersten Male genannt. 1322 stattet der Bischof von Meißen die neugestiftete Simon- und Judas-Kapelle in Meißen mit einigen Einkünften von einem Weinberge zu Kozebrode, "*der Eband*" genannt ***) aus. Im ersten Viertel des 14.Jahrhunderts, 1324, treten neben der Kirche und dem Adel zum ersten Male auch Bürgerfamilien als Inhaber von Weinbergen auf. Eine Familie Große (Magnus) ist es, die zuerst in den unser Niederlößnitzer Gebiet betreffenden Urkunden auftritt. Sie stiftete in diesem Jahre den Franziskanern in Dresden eine gewisse Menge Wein von ihrem Weinberge zu "Kotzbrod" und das Geschlecht der Küchenmeister, das um jene Zeit noch neben Döhlen im Plaunschen Grunde auch das Dorf Kötzschenbroda besaß, stiftete neben einer halben Hufe im Dorfe Kötzschenbroda auch einen Weingarten den ewigen Vikaren zu Meißen ****).

*) In sämtlichen alten Urkunden, die sich auf die später Niederlößnitzer Weinberge beziehen, werden diese als "bei Kötzschenbroda" bezeichnet. Der ganze Bergzug trug lange Zeit die Bezeichnung "Kötzsbergisches Weingebirge", der Wein "Kötzsbergischer Wein".

**) Sächs.Hauptstaatsarchiv; Originalurkunde 1286, am Tage Luciae, und Cod. diplom. sax. I. 212

***) Sächs.Hauptstaatsarchiv; Originalurkunde 1322 "quae planitis vocatur"

****) Sächs.Hauptstaatsarchiv; Originalurkunde 1396

Das 15. Jahrhundert

Nach dem Zusammenbruch der Dohnaschen Herrschaft in der Markgrafschaft Meißen treten die Wettiner das Erbe derselben in unserer Heimat an. 1405 übereignet Markgraf Wilhelm der Einäugige einen, ehemals dem Dresdner Bürger Jakob Grosse gehörigen Weinberg dem Bischof Thimo *) und 1408 wird in einer markgräflichen Urkunde einer der ältesten noch bekannten Weinbergsnamen der Lößnitz, der des "*Knohlln*" (Knoel), genannt. In bunter Folge treten in den nächsten Jahrzehnten adlige und bürgerliche Familien als Besitzer von Weinbergen im Niederlößnitzer Gebiet auf, die Hertel, die Bulinge, die Kundige, die von Köckeritz auf Burg Wehlen, die 1417 den "*der Wehlener*" genannten Berg besaßen, auf dem heute das Pfarrtöchterheim Neufriedstein steht, die von Kragkow auf Lauterbach u.a.m. - Die Dresdner Bogenschützengesellschaft erwirbt 1486 von einem Weinbergsbesitzer Georg von Czyll Zinsen von einem seit hundert Jahren "*der Ulmann*" genannten Berg bei Kötzschenbroda. 1460 überlässt der Dresdner Ratsherr Franz Bibrach seinen "*Neulandsberg*", der 1408 noch der Familie der Münzmeister gehörte, dem Dresdner Bartholomäushospital mit der Bestimmung, daß seine Frau bis zu ihrem Tode die Nutznießung davon haben solle. Das Hospital hatte aber keine große Freude an dieser Schenkung. Der Ertrag des Berges wird 1468 auf zwei und ein Achtel Fuder Wein angegeben **) , was jedenfalls den Aufwendungen für den Berg nicht entsprach. 1575 wird in den Akten schon geklagt, daß der Neulandberg keinen Nutzen abwerfe. Von 1577 bis 1676 erforderte er einen Aufwand von 6921 Gulden, dem ein Ertrag von 5274 Gulden gegenüberstand. Ohne den Zinsverlust hatte das Hospital in den hundert Jahren 1647 Gulden zugesetzt. 1718 verkaufte man den Neulandberg für 300 Taler ***) . Da es verschiedene Neulandberge gegeben hat, läßt sich die Lage dieses Neulandberges heute nicht mehr mit einiger Sicherheit angeben. Falls es sich bei ihm um den Neulandberg bei Lindenau gehandelt haben sollte, wäre der geringe Ertrag aus seiner ungünstigen Lage zu erklären. Ein weiterer heute noch der Örtlichkeit und dem Namen nach bekannter Weinberg, der "*Eckberg*" , damals Eckelberg genannt, kommt in den Jahren 1450-60 als Besitz der Leipziger Bürgerfamilie Blasebalgk vor, der, da er als bischöfliches Lehn bezeichnet wird, in dem Eckberg von Wackerbarth's Ruhe zu suchen ist. Ein zweiter Eckberg, der später als kurfürstliches Eigentum auftritt, befand sich an der östlichen heutigen Hohenzollernstraße (Obere Bergstraße) und gehört zur Hoflößnitz.

Im 15. Jahrhundert wird in den schriftlichen Überlieferungen über die Niederlößnitzer Weinberge zum ersten Male von einem Preßhause gesprochen. 1412 bestätigt Herzog Friedrich der Kapelle am Rathaus zu Neuendresden, der heutigen Altstadt, den Besitz eines Weinberges im Kötzschenbrodaer Weingebirge, welcher "*die Tasche*" genannt war. Bei dieser Bestätigung wird ausdrücklich auch ein "*pressehus*" erwähnt, ein besonderer Vorzug dieses ebenfalls an der Hohenzollernstraße gelegenen Weinberges, den nicht jeder Berg besaß. Noch in Karten des Markscheiders Georg Oeder um 1570 und in denen des Balthasar Zimmermann von 1627 sind Preßhäuser, bei letzterem die "Schneeweissens Press" an der Meißner Straße, bei Oeder eins in der Gegend des Bennoschlößchens, besonders eingezeichnet. Erst im Laufe des 17. Jahrhunderts werden die Preßhäuser in den Weinbergen und in den Höfen der Weinbauern allgemeiner.

*) Cod. dipl. sax. reg. II. 331

**) Etwa 1720 Liter. Ein sächsisches Fuder = 808,35 Liter

***) Richter, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von Dresden, III

Der Dinghellerstreit

Es wurde schon erwähnt, dass sich die Besitzer der sogenannten Herrenberge in der Weinbergsflur gegen jedwede kommunale Bindung an die Altgemeinde Kötzschenbroda wehrten und sich nur ihren jeweiligen Lehnsgerichtsbarkeiten unterstellt betrachteten. Im 15. Jahrhundert suchten sie auch die letzte Pflicht gegenüber der Gemeinde Kötzschenbroda, die sogenannten Dingheller, abzuschütteln. Diese Dingheller waren der Beitrag eines jeden Grundbesitzers zu den jährlichen Gerichtstagen bzw. zu deren Kosten. Auf diesen Gerichtstagen, die Ehegerichte, Erbgerichte, Dingtage genannt wurden, verhandelte der Inhaber der niederen Gerichtsbarkeit die unter diese fallenden Angelegenheiten der Dörfer *). Am entschiedensten verweigerte der Dresdner Rat, der mehrfach Eigentümer von Weinbergen im Kötzschenbrodaer Weingebirge war, die Zahlung dieser Abgabe an das Dorf, in dem er sogar selbst Gerichtsherr über einige Höfe war. Um den dauernden Streit mit dem Dorfe, das auf seinem Rechte bestand, endlich einmal zu schlichten, suchte er 1456 eine landesherrliche Entscheidung über die Berechtigung der Forderung der Altgemeinde herbeizuführen. Mit acht Personen und fünf Pferden zog der Bürgermeister nach Meißen, um dem Kurfürsten Friedrich die Angelegenheit vorzutragen. Aber der Landesherr vermochte keine Einigung zu erzielen. Beide Parteien beharrten auf ihrem Standpunkt. Der Stadtkämmerer des Dresdner Rates verbuchte aber im genannten Jahre als Abgabe: *"14 gr 6 pfg czerunge gen missen als der burgemeister mit 8 personen unde 5 pferden mit denen von Kotczschebrode vor unsern gnedigen hern getedinget umbe die Dingheller, dy die von Kotczschebrode haben wollen"*.

Der Streit zog sich noch volle 13 Jahre hin, bis man schließlich den Leipziger Schöppenstuhl um ein juristisches Gutachten und um ein Urteil anrief. Das erging denn auch und sprach sich gegen den Dresdner Rat und die Bergherren aus, indem es zu Recht fand, dass *"die Winberge zcu den gerichtstagen pfennige by gehorsam zcu geben schuldig unde pflichtig sind"*. An diesem Urteil war vom Dresdner Rat nicht mehr zu rütteln. Er mußte wohl oder übel die Dingheller zahlen. Die Altgemeinde von Kötzschenbroda aber legte dieses Urteil des Leipziger Schöppenstuhles in ihren Gemeinderügen fest und rügte bei den alljährlichen Dingtagen als ihre Gerechtsame, dass *"alle Herren", die in diesen Gerichte Gebürge liegen haben, schuldig sind, zu unseres gnädigen Herrn Erbgerichte gelten zu helfen"*. Der Stadtkämmerer des Dresdner Rates aber notierte anno 1469 als Ausgabe in die Stadtrechnung: *"63 gr. vor ein Ortel den schöppen zcu Leipzk, als sich der Rat erfraget umbe der Dingheller, dy die von Kotczschebrode haben wollen" **)*.

Soweit man sich ein Bild von der Besiedlung des Weinberggeländes am Ende des 15. Jahrhunderts aus den aus jener Zeit vorliegenden Archivalien machen kann, muss man sich das Gebiet des nachmaligen Niederlößnitz als eine ziemlich menschenleere Landschaft vorstellen. Wohl hausten in den weiten Weinbergen eine Anzahl Winzerfamilien, aber es sind noch keinerlei Anzeichen vorhanden, dass sich Weinbergsbesitzer, Bergherren, in ihren Weinbergen angesiedelt hätten, wie es im 17. und noch mehr im 18. Jahrhundert, sei es auch nur zu gelegentlichem Aufenthalt im Sommer, so vielfach geschah. Das Lößnitzgelände war und blieb noch lange Zeit nur landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Die Weinbergsbesitzer interessierte nur dessen Produkt, der Wein, für die Landschaft selbst hatten sie nach allem, was wir aus jener Zeit von ihr wissen, keinerlei Neigung. Noch 250 Jahre später beschreibt der Bergverwalter der Hoflößnitz, Paul Knohl, das Gebiet des späteren Ober- und Niederlößnitz als ein *"Gebürge, in dem fast niemand wohnt und öfter kein Mensch zu sehen und zu hören ist"*.

*) Richter, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von Dresden, III/15: In jedem der dem Rate gehörigen Dörfer pflegte derselbe einmal im Jahre zu dinge und dabei seine Gerichtshoheit durch Abordnung mehrerer Ratsmitglieder zur Geltung zu bringen. Die Gerichtsbarkeit in diesen Dörfern war nicht vom Landesherrn unmittelbar verliehen, sondern durch Kauf oder durch Schenkung vom Rat im Laufe der Zeit erworben und betraf meist nur die niedere, die Erbgerichtsbarkeit. Auf diesen Gerichtstagen rügten die dingpflichtigen Bauern die für ihren Ort beanspruchten Gerechtsame, worauf Klagsachen verhandelt und entschieden wurden.

**) Richter, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von Dresden II/17

Das 16. und 17. Jahrhundert

Das 16. Jahrhundert bringt in seiner ersten Hälfte für die Lößnitz noch keine wesentliche Änderung in der Besiedlung, eine desto stärkere dagegen in der Lehnsoberhoheit zahlreicher Weinberge und sonstigen Liegenschaften. An Stelle des Bischofs tritt nach dem Verzicht des letzten, Johann von Haugwitz, 1587 das kurfürstliche Prokuratoramt Meißen. Seit Ende des 16. Jahrhunderts liegt die Lehnsoberhoheit über die Lößnitz ausschließlich beim Landesfürsten.

Wie wenig das Gebiet von Niederlößnitz am Ende des 16. Jahrhunderts noch besiedelt war, dafür spricht unter anderem auch die Bezeichnung "*Hausgasse*" für die heutige Winzerstraße, die der kurfürstliche Markscheider Matthias Oeder in seiner Karte der Lößnitzlandschaft um jene Zeit verwendet. Dieser Name ist sehr wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass an dieser Straße die ersten Häuser der Umgegend entstanden sind. 21 Gebäude, meist wohl Winzerhäuser, zeichnete der alte Kartograph und Landmesser in das weite Gelände zwischen der Meißner Landstraße und dem Berghang an der "*hohen Gasse*", der heutigen Hohenzollernstr. (Ob.Bergstraße), ein. Die Überlieferung behauptete, wie Schubert in seiner Chronik berichtet, dass das erste Haus von Niederlößnitz an der Ecke der heutigen Winzerstraße und Erich-Kunz-Str. (Dr.-Wilh.-Külz-Str.) gestanden habe.

In der zweiten Hälfte des 16. und im Anfang des 17. Jahrhunderts fängt die Lößnitz langsam an, aus ihrer Abgeschlossenheit herauszutreten. Vereinzelt bekommen Bergherren Geschmack an einem gelegentlichen Aufenthalt in ihren Weinbergen. Man beginnt, in denselben Häuser zu errichten, die, sei es im Sommer oder zur Zeit der Weinlese, den Bergbesitzern die nötigen Bequemlichkeiten bieten, und entfalten schon einen gewissen Luxus. So muss in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im "*Frankenberg*", der an der heutigen Karlstraße lag, ein Herrenhaus gestanden haben, von dem wir allerdings nur durch eine im Museum des Sächsischen Altertumsvereins im Palais des Großen Garten in Dresden aufbewahrte Brunneneinfassung mit Bildhauerarbeit - Putten mit Emblemen des Weinbaues - Kenntnis haben. Oeder zeichnet in seiner erwähnten Karte in jener Gegend auch ein Gebäude ein. Auch das älteste noch vorhandene Herrenhaus der Lößnitz, das sogenannte "*Bennoschlößchen*" in Oberlößnitz, ihr einziger Renaissancebau, der schon an der Schwelle des Barock steht, setzt man mit seiner Entstehungszeit in das letzte Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts, um 1590.

1650 errichtete Johann Georg II. das Schloß Hoflößnitz und um 1675 scheint auch das eigenartige Herrenhaus des "*Fliegenwedel*"-Berges - heute Am Jacobstein 40 - vom Landrentmeister Sebastian Rothe erbaut worden zu sein.

Das 18. Jahrhundert

Mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts vollzieht sich in der Lößnitz und ganz besonders im späteren Niederlößnitz ein kräftiger Aufschwung. Während der Regierung August des Starken setzt eine lebhaftere Bautätigkeit in der Weinbergsflur ein. In rascher Folge mehren sich die Landhäuser der Gesellschaft des kurfürstlich-königlichen Hofes und des wohlhabenden Dresdner Bürgertums. 1713 erwarb der Hof- und Justizkanzleisekretär Gottfried Ludwig Lingke den "Huttermann'schen Weinberg" im Osten von Niederlößnitz, auf dem heute die Gaststätte Goldene Weintraube steht. Der Oberkriegskommissar Zachrias Schmieder baute sich auf dem "Deitteloff", dem heutigen Mohrenhaus-Grundstück, ein Herrenhaus. Beide Gebäude sind längst wieder verschwunden. Bis heute erhalten aber hat sich das alte Herrenhaus, das der Dresdner Advokat Dr. jur. Kaspar Kober auf seinen in jener Zeit erworbenen Weinberg an der Hohen Gasse, der heutigen Oberen Bergstraße, errichtete. Das durch spätere Anbauten in seiner alten, schlichten Schönheit beeinträchtigte Barockgebäude ist das jetzige von Minckwitz'sche Besitztum. Dr. Kober krönte seinen ausgedehnten Weinberg mit dem schlichten Weinberglusthaus, das noch heute auf der Berghöhe steht und schmückte es mit dem Allianzwappen seiner und seiner Frau Familie. Daß die genannten drei Bergherren ihre Weingüter nicht nur gelegentlich bewohnt haben werden, sondern sich dauernd in denselben aufgehalten haben

werden, dafür spricht deren Verhältnis zur Kirche Kötzschenbroda. Alle drei erwarben sogenannte Betlogen in derselben und Lingke wie Kober errichteten in diesen nach der Sitte jener Zeit für sich und ihre Familien Erbbegräbnisse, in denen bis 1756 eine ganze Reihe ihrer Angehörigen ihre letzte Ruhestätte fanden.

In den Jahren 1727/29 entstand der stolzeste Herrnsitz der Westlößnitz, der sich bis heute in seinem vollen Umfange erhalten hat, **Wackerbarth's Ruhe**. Der Generalfeldmarschall und Kabinettsminister Augusts des Starken, der Reichsgraf August Christoph von Wackerbarth, erwarb die ehemals stiftisch-meißnischen Berge im Westen des Niederlößnitzer Gebietes, die Eckberge, die Bischofsberge, den Grünwald und erbaute vor denselben auf 23 Feldparzellen Naundorfer Bauern nach den Plänen des Oberlandbaumeisters Christoph Knöfel das Herrenhaus, ließ hinter demselben den mit Skulpturen und Pavillons geschmückten großen Garten in französischem Geschmack anlegen und als seinen Abschluß den großen Gartensaal, die **Belvédère**, seiner Form wegen die "Kapelle" genannt, errichten. Oft wird der alternde Hofkavalier und Staatsmann des Rokoko seine Wackerbarths Ruhe, in der er nach seinen eigenen Worten von "Hof-, Welt-, Staats- und Kriegsgefahren" ausruhen wollte, nicht bewohnt haben. Seine vielen Hofämter hielten ihn meist in der Residenz fest. Wenige Jahre nach Vollendung seiner Wackerbarth's Ruhe starb er, 72 Jahre alt, 1734 in Dresden.

Nach dem Tode des Generalfeldmarschalls erbte sein Stief- und Adoptivsohn Graf Gabaleon von Wackerbarth-Salmour das Lößnitzer Weingut. In den fast 30 Jahren seines Besitzes hört man wenig von den Schicksalen desselben. Auch Wackerbarth-Salmour wird das Schloss selten aufgesucht haben. Einmal erwähnt eine Chronik den Besuch des Kurprinzen Friedrich Christian und seiner Gemahlin auf Wackerbarth's Ruhe. 1761 stirbt der Graf. Nach seiner letztwilligen Bestimmung wurde das Weingut zwei Jahre nach seinem Tode versteigert und der Erlös armen Dresdner Witwen und Waisen überlassen. Das gerichtlich auf 22047 Taler geschätzte Besitztum ging 1763 an eine Gräfin Rex über, kam 1776 als Erbe an deren Tochter Baronin von Hohenthal, dann 1784 an einen Leipziger Kaufmann Hetzer und schließlich, der letzte Besitzwechsel im 18. Jahrhundert, an den Freiherrn von Gregory.

1748 entstand eins der markantesten Wahrzeichen der Westlößnitz, der **Jacobstein**, auf dem ehem. kurfürstlichen Weinberg **Fliegenwedel**. Der Hofböttcher Jacob Krause hatte 1743 diesen Besitz erworben und krönte ihn durch den eigenartigen Turmbau auf seiner Höhe, den er nach seinem Vornamen benannte.

Um die gleiche Zeit mag das erste Weinberghaus dort entstanden sein, wo heute das Haus **Altfriedstein** steht. 1740 kaufte den Weinberg der kurfürstliche Kellermeister Friedrich Roos von den Schrenkendorfs. Da das älteste Gebäude nach einer Notiz im Pfarrarchiv der Friedenskirche Kötzschenbroda 1742 abbrannte, wird der heute noch vorhandene Bau, der bis 1818 "*mon repos*" hieß, um 1745 errichtet worden sein. Bis 1763 war das Weingut Eigentum des Grafen Brühl.

Aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. stammen die Gebäude des **Neufriedstein** auf dem Wehlenberg und sein Weinberglusthaus auf der Höhe des Schildberges, der sogenannte "**Friedsteinpavillon**", dem ein späterer Besitzer den Namen "**Himmelsschlößchen**" in Anlehnung an den nahen Himmelsbusch gab. In den 80er Jahren kam für das Haus die Bezeichnung "**Mätressenschlößchen**" auf. Noch 1878 war dieser Name unbekannt. Als 1878 sein damaliger Besitzer, der Arzt Lenk, das Haus in der Kötzschenbrodaer Zeitung zum Verkauf anbot, wird es von ihm nur als "zu Neufriedstein gehöriges Schlößchen" bezeichnet.

Das 19. Jahrhundert

Mit dem beginnenden 19. Jahrhundert tritt das Weinbergsgebiet von Niederlößnitz in ein neues Stadium der Entwicklung ein. Die höfische Glanzzeit von Hoflößnitz ist vorüber, mit ihr auch die von Niederlößnitz. Drüben über dem Lößnitzbach sind die prunkvollen Feste, die Winzerfeste und Bauernwirtschaften verrauscht, die August der Starke und noch mehr sein Sohn August III. veranstaltet hatten. Im Westen ist auch der kurze Glanz um Wackerbarths Ruhe und um den Brühl'schen Besitz des "*mon repos*" erloschen. Die Zeit wurde nüchterner. Dafür hatten die Nachwehen der friderizianischen Kriege gesorgt, dafür sorgten weiter die napoleonischen Kriege und ihre Folgen.

Die Preise der Weinbergsgrundstücke waren schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. rapid gesunken. So wurde im Jahre 1755 im Vorläufer des Dresdner Anzeigers ein Niederlößnitzer Weingut von 112 Pfahlhaufen *) mit Herrenhaus, Winzerhaus, Stall für 8 Kühe und 100 Obstbäumen für 500 Taler angeboten. Der große Besitz von Wackerbarth's Ruhe, der auf über 22.000 Taler gerichtlich taxiert worden war, ging in einer freiwilligen Versteigerung am 13. Nov. 1763 für 8.000 Taler in andere Hände über. Der Fliegenwedel, der 1810 für 3.100 Taler gekauft worden war, wurde 1815 für knapp die Hälfte der Kaufsumme, für 1.500 Taler, versteigert. Für die Ebenberge wurden 1844 in einer Subhastation nur 73 Taler bezahlt. Der Rat zu Dresden gab 1833 seinen uralten Besitz, die Spittelberge, auf, da derselbe dauernd Zuschüsse erforderte **). Auch die Kirche Kötzschenbroda stieß auf Veranlassung ihrer vorgesetzten Behörde ihre seit ältesten Zeiten zu ihrem Vermögen gehörigen Weinberge allmählich ab. Das Gebiet von Niederlößnitz wandelte sich erst langsam, schließlich aber immer schneller, besonders seit durch die neue Eisenbahn eine leichtere und schnelle Verbindung mit Dresden geschaffen war, vom reinen Weinbaugebiet zum emporstrebenden Wohnort. Die wenigen Weinberghäuser des 17. und 18. Jahrhunderts waren bis zum ersten Drittel des 19. auf 85 bewohnte Gebäude und die Einwohnerzahl auf rund 300 Personen angewachsen. 1834 zählte man, wie die Gemeindeakten berichten, über 400 Einwohner in 90 Häusern.

Kirchlich und schulisch gehörten diese "Weinberghäuser", wie sie immer noch genannt wurden, zu Kötzschenbroda. Sonst aber schwebten alle diese Einzelbesitzungen und ihre Bewohner kommunal völlig in der Luft. Das führte zu Zuständen, die immer unhaltbarer wurden, je mehr sich die Einwohnerzahl dieser verstreuten Wohnstätten vergrößerte. Ganz besonders drängten die Fragen der Heimatberechtigung und damit die der Armenversorgung gebieterisch auf eine Lösung.

Die Altgemeinde Kötzschenbroda zeigte gar keine Neigung, die aus diesen Rechtsfragen resultierenden Lasten zu übernehmen, da ja die Besitzer der Niederlößnitzer Grundstücke zu den Gemeindelasten des Ortes nicht heranzuziehen waren und auch nicht gewillt waren, diese Lasten, abgesehen von den Kosten der örtlichen Gerichtstage, mit zu tragen. Kötzschenbroda konnte beispielsweise seine Militärleistungen nicht mit auf die Niederlößnitzer Grundstücke umlegen. Diese waren vielmehr davon, wie von vielen anderen Lasten, befreit und unterstanden steuerlich direkt dem Gerichtsamte Dresden.

Die Niederlößnitzer wollten sich durchaus nicht zu einer regelrechten Gemeinde zusammenschließen, widerstrebten vielmehr dieser Regelung der schwebenden Fragen ebenso hartnäckig, wie einem Anschluss an die Gemeinde Kötzschenbroda, wo man den Dingen ihren Lauf ließ.

Nach vielen Vorbesprechungen untereinander und mit den zuständigen Behörden kam es schließlich zu Anfang des Jahres 1832 zur Gründung des

Niederlößnitzer Weinbergvereins ,

dessen Rechte und Pflichten und die seiner Mitglieder in der Organisationsurkunde vom 8. Februar 1832 festgelegt wurden. Dieses umfangreiche Aktenstück umfasst 25 Paragraphen und ist von 85 Besitzern unterzeichnet.

*) Ein Pfahlhaufen war eine Weinbergsfläche von 20 Schritt im Geviert.
 **) Richter, Verwaltungsgesch. Dresden, III/S.194

In der Vorrede zu dieser Urkunde werden die allgemeinen Grenzen des Vereinsgebietes und die Lage einzelner Grundstücke angeführt. Die Jahrhunderte alte vollständige Unabhängigkeit derselben untereinander und von den angrenzenden Dorfgemeinden wurde ausdrücklich festgestellt. Die Vorrede zu dieser Urkunde besagt wörtlich folgendes:

"Die jenseits der Meißner Straße vom rechten Ufer des Lößnitzbaches bis in die Gegend von Zitzschewig das Elbtal abwärts unter der Jurisdiktion des wohlhälllichen Justizamtes Dresden gelegenen Weinbergsgrundstücke haben von jeher weder unter sich noch mit irgend einer der angrenzenden Dorfgemeinden in irgend einem Kommunalverhältnis gestanden, sind vielmehr von jeher als *s i n g u l i* betrachtet und behandelt, und mit allen auf dem Dasein einer Gemeinde beruhenden Leistungen verschont worden. Nachdem jedoch in Beziehung auf das Polizei- und Armenwesen der Zusammentritt dieser Weinbergsgrundstücke zu einem Vereine sich als unumgänglich ergeben hat, so ist derselbe unter allerhöchster Bestätigung auf folgende Bestimmungen konstituiert worden."

Im § 1 wird festgelegt, dass sich die Grundstücke nur zum Zwecke der Regelung des Polizei- und Armenwesens zusammenschließen und dass die Vereinigung den Namen "Niederlößnitzer Weinbergverein" führen soll.

Der § 2 besagt, dass der Verein lediglich den Zweck habe, *"die Erleichterung der nötigen Polizeiaufsicht und die Fundierung einer Anstalt zur Unterbringung und Versorgung in diesen Bezirk gehöriger verarmter Personen"* zu ermöglichen. Es sollte also ein Heimatbezirk errichtet, die daraus resultierenden Pflichten gemeinsam übernommen und die Kosten dafür getragen werden. Ausdrücklich werden aber alle Pflichten einer regelrechten Gemeinde, *"namentlich in Beziehung auf Militärlasten, Straßenbauten usw."*, abgelehnt und es wird sich dagegen verwahrt, dass dem Verein etwa *"in irgend einer Beziehung die Qualitäten einer Gemeinde oder Commune"* beigelegt würden. Weiter wird ausdrücklich die Errichtung eines Feuerschutzes sowie die Anstellung eines Tag- und Nachtwächters ausgeschlossen. An Vereinsbeiträgen zur Deckung der erwachsenden Unkosten des Polizeiwesens wurde eine Abgabe von 2 Groschen je Feuerstelle festgelegt und eine Besitzwechselabgabe von 6 Pfennigen je 100 Taler Kaufgeld eingeführt.

Gemeinsam mit dem Oberlößnitzer Weinbergverein sollte ein Armenhaus errichtet werden. Niederlößnitz lehnte aber schließlich 1836 die vom Justizamt vorgeschlagene Bildung eines gemeinsamen Heimatbezirkes mit Oberlößnitz ab. Um aber die armenrechtlichen Verpflichtungen des Vereins möglichst einzuschränken, bestimmte die Gründungsurkunde, dass sich sämtliche Mitglieder der Aufnahme aller "Individuen" enthalten sollten, die möglicherweise dem Verein armenrechtlich zur Last fallen könnten. Auch die Aufnahme von Sommergästen sollte dem Einzelnen nur mit Zustimmung aller Vereinsangehörigen gestattet sein. Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelte, musste etwaige Versorgungsansprüche seiner Untermieter selbst befriedigen.

Weiter bestimmte das Gründungsprotokoll, dass bei Verkäufen von Grundstücksteilen die verkäuflichen Parzellen unbedingt so groß sein müssen, dass derer landwirtschaftlicher Ertrag der Familie des Käufers auf jeden Fall den Lebensunterhalt sicherstelle. Zu jedem Verkauf musste die Zustimmung des Weinbergvereins eingeholt werden. Andernfalls hatte der Verkäufer bei Verarmung des Käufers für dessen Versorgung selbst, nicht aber die Armenkasse des Weinbergvereins aufzukommen.

Den Verein vertraten rechtlich fünf "Repräsentanten", deren Sitzungen den Namen "Convente" erhielten. Die ersten Repräsentanten waren die Weinbergsbesitzer:

Carl Friedrich Sickmann auf Neufriedstein,
Georg Schwarz auf Altfriedstein,
Major Heinrich von Jeschky,
August Hilliger,
Gottfried Rothe.

Jeder derselben führte ein Jahr lang den Vorsitz im Convente. Der erste Vorstand war Friedrich Sickmann.

Die Polizeigewalt übte anfänglich ein vom Justizamt Dresden bestimmter "Richter" in dessen Auftrag aus, der darin vom Weinbergverein unabhängig war.

Nach einer amtlichen Aufstellung vom 03.Juni 1832 hatte das Vereinsgebiet 358 Einwohner, einschließlich 26 unselbständiger Winzer. Im genannten Jahre umfasste die Flur Niederlößnitz 68 Weinberge (Akta privata 1832). 1860 werden nur noch 37 reine Weinberge amtlich festgestellt.

Eine der ersten Amtshandlungen der Repräsentanten war die Auseinandersetzung des Vereins mit dem Kötzschenbrodaer Schullehrer Keller über dessen Verlangen, ihm das Deputatholz für die Schule anzufahren und zu spalten. Das war ein verbrieftes Recht desselben, das auch anstandslos von den beiden anderen Schulgemeinden Kötzschenbroda und Fürstenhain anerkannt und erfüllt wurde. Der Weinbergverein lehnte aber die Erfüllung dieser Forderung ab. Schließlich musste die Aufsichtsbehörde eingreifen und die auf ihrer Weigerung beharrenden Niederlößnitzer zurechtweisen.

Um 1834 hört man anlässlich der Verhandlungen wegen des Reiheschankes, dass der Ort sich inzwischen vergrößert hat. Die Zahl der Häuser ist auf 90, die der Einwohner auf 400 gestiegen.

1836 wird das **Armenhaus** im Lößnitzgrund (An der Jägermühle 12) auf fiskalischem Gebiete erbaut, die Gemeinde Wahnsdorf hatte zwar dagegen Einspruch erhoben, war aber von der Regierung abgewiesen worden. Maurermeister Götze übernahm den Bau für 484 Taler.

Mit welch geringen Summen die Vereinskasse damals arbeitete, zeigt eine Abrechnung der Polizeikasse für das Jahr 1836, in der eine Ausgabe von 32 Talern 9 Groschen 6 Pfennigen einer Einnahme von 33 Talern 23 Groschen 3 Pfennigen gegenübergestellt wird.

Das Jahr 1835 stellte den Weinbergverein vor eine sehr schwerwiegende Frage. Die Schule zu Kötzschenbroda, das kleine Gebäude gegenüber der Oberschänke, das 1805 nach einem Brande neu aufgebaut worden war, entsprach nicht mehr der immer mehr anwachsenden Zahl der Schulkinder. Man stand vor der Notwendigkeit, ein neues Schulgebäude zu errichten. Die Aufsichtsbehörde verfügte dagegen, dass diese Frage dadurch gelöst werden solle, dass die Weinbergsgemeinde Niederlößnitz ausgeschult werde und einen selbständigen Schulbezirk mit eigenem Schulhaus zu errichten habe. Dazu kam auch, dass in Lindenau noch die Reiheschule bestand, die nach dem Schulgesetz von 1835 nicht mehr zulässig war. Die Kreisdirektion legte deshalb Niederlößnitz und Lindenau schulisch zusammen und errichtete für beide Orte einen gemeinsamen Schulbezirk. Das geschah ganz gegen den Willen des Weinbergvereins, der ja durchaus keine Gemeinde im landläufigem Sinne sein wollte. Aber man mußte dem neuen Gesetz Rechnung tragen und der Errichtung eines Schulbezirkes näher treten. Am 19.August kam die Angelegenheit soweit zum Abschluss, dass der **Schulbezirk Niederlößnitz-Lindenau** errichtet und der Bau eines Schulhauses beschlossen wurde. In den neuen Schulbezirk waren auch die Winzereien von Hoflößnitz einbezogen, die von jeher zum Kirchspiel Kötzschenbroda und damit zu dessen Schulbezirk gehört hatten. Die Verhandlungen am 19.August wurden in der "Goldenen Weintraube" geführt. Das Protokoll derselben lautet unter Weglassung unwichtiger Formalitäten wie folgt:

Niederlößnitz, am 19.August 1836

Um wegen Vereinigung der Gemeinde Lindenau, der dazu gehörigen 10 Berghäuser und der Nieder- und Hoflößnitz zu einem Schulbezirk mit den dabei Beteiligten die nötigen mündlichen Unterhandlungen zu pflegen, haben sich heute

*der Herr Amtshauptmann Freiherr von Houwald, Hoch- und Wohlgeboren und
der Herr Hofrat und Justizamtman Behr, Wohlgeboren
zugleich invicibus Sr.Hochwürden des Herrn Superintendent Dr.Seltenreich,
mit dem unterzeichneten Protokollanten anher nach Niederlößnitz in dem zum Expeditionslocale bestimmten Gasthofs zur Weintraube begeben, woselbst vor Denenselben die Vorgeladenen erschienen sind.*

I.

Es geschahe hierauf behufliger Vortrag in der Sache und wurden allerseits Interessenten mit der beabsichtigten, eingangsbemerkten Ausschulung bekannt gemacht.

II.

Es sind auch allerseits Beteiligte, sowohl der alte Schulverband, die Parochianen im Allgemeinen und die Abgeordneten der den neuen Schulverband bildenden Gemeinden, als auch die Lehrer mit der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der beabsichtigten Ausschulung einverstanden.

III.

Soviel die räumliche Abgrenzung anbetrifft, so haben sich gegen den bisher beabsichtigten Plan einige Abänderungen als angemessen herausgestellt.

1. Ist erläuterungsweise zu bemerken, daß nicht 10 Berghäuser, sondern nur 9 in die Lindenauer Schule gehören, das 10. gehört nach Naundorf, und es ist seiner Lokalität angemessen, daß es dort bleibe.

2. In Hinsicht der Niederlößnitz ist zur Sprache gekommen, daß bereits bei Abgrenzung der Heimatbezirke eine andere Abgrenzung des Niederlößnitzer Verbandes als zweckmäßiger in Vorschlag gekommen. Jetzt gehören dazu noch Grundstücke, welche isoliert in der Nähe von Naundorf bis Zitzschewig gelegen und viel zweckmäßiger mit diesen Orten zu verbinden, jetzt aber vom Verein auch in polizeilicher Hinsicht schwer zu respizieren (sind).

Der Verein hat daher vorgeschlagen, die westliche Grenze folgender Gestalt festzustellen:

Nach Mittag hin bildet die Chaussee (Meißner Str.) die Grenze; die Chaussee wird vom Naundorfer Viehwege (jetzt Johannesbergstr.) durchschnitten; dieser Viehweg soll nun die westliche Grenze bilden bis zu dem Punkte, wo er an den Endpunkt des Wackerbarthschen Grundstückes stößt und links die Höhe hinauf geht (Kroatengrund). Von diesem Punkte an soll die Grenze den Weg verlassen und vielmehr in der Schlucht (Kottenleite) fortgehen bis zu dem Punkte, wo die Niederlößnitzer und Lindenauer Fluren zusammenstoßen, und zwar führt bis hierher ein anderer Weg, der sich in der Schlucht rechts an den Berg hinzieht und die Grenzlinie bilden soll.

Wird nun diese Grenze für den Verein genehmigt, so ist es für den letzteren allerdings auch wünschenswert, den Schulbezirk in demselben Maße abgegrenzt zu sehen, damit nicht der Verein, dessen sämtlichen Angelegenheiten unter einer gemeinsamen Leitung stehen, gleichwohl hinsichtlich des Schulunterrichts verschiedenen Bezirken angehöre.

Die Kommission konnte nicht umhin, mit der Angemessenheit dieser Abgrenzung sich einzuverstehen, als deren Folge aber sich nunmehr die Notwendigkeit darstellt, auch den Naundorfer Lehrer insofern zu entschädigen, als ihm durch diese neue Abgrenzung der Niederlößnitz einige Grundstücke entzogen werden, die bisher nach Naundorf gehörten.

Der neue Schulbezirk selbst aber würde nunmehr umfassen, die Niederlößnitz mit obiger Abgrenzung nach Westen, neun Winzereien der Hoflößnitz, wovon die drei noch übrigen auf der Höhe gelegenen zum Wahnsdorfer Schulbezirk gehören, Lindenau und neun dazu gehörige Berghäuser.

IV.

Soviel die Modalität anlangt, nach welcher künftig die Beiträge zur Erhaltung des Schulgebäudes zu Kötzschenbroda von den Auszuschulenden zu leisten sein werden, so ist zu bemerken, daß bisher observanzmäßig die Kosten zur Erbauung und zur Erhaltung des Gebäudes im Allgemeinen von den Parochianen, weil es vom Schullehrer, als ihrem gemeinschaftlichen Kirchendiener bewohnt wird, aufgebracht, der Aufwand zur Erhaltung der Schulstube hingegen bloß von der Schulgemeinde getragen worden, wozu diejenigen Parochianen, welche bisher eine eigene Schule gehabt, wie Lindenau, Naundorf und Zitzschewig, keine Beiträge geleistet.

Zur Feststellung des künftigen rechtlichen Verhältnisses in dieser Beziehung ist von der Kommission folgender Vorschlag getan worden:

Die Schulgemeinde Kötzschenbroda mit Fürstenhain soll in Zukunft die Kantor- und Schulwohnung allein in baulichem Zustand erhalten, ein Neubau dagegen soll von allen Parochianen gemeinschaftlich, und zwar wie seither, in gleicher Beitragspflicht ausgeführt werden. Es hat nämlich hier die Observanz bestanden, daß diejenigen Gemeinden, welche bloß der Parochie, nicht auch der Schule angehörten, gleichwohl ebensoviel beigetragen haben, als diejenigen Gemeinden, welche das Gebäude für beide Zwecke als Wohnung des Kirchen- und es Schuldieners benutzt haben. Hieraus ergibt sich, daß das Haus eigentlich als Kirchendienerwohnung zu betrachten ist, und es machen die nicht zur Schulgemeinde gehörigen Ortschaften darauf Anspruch, daß äußersten Falls die Kirchendienerwohnung gemeinschaftlich bleibe und Kötzschenbroda, gleich ihnen, sich eine neue Schule baue. Dies zu vermeiden, ist es zu obiger Vereinigung gekommen, und soll ein Neubau dann

entreten, wenn nach unparteiischer Sachverständigen Ermessen ein solcher erforderlich und die Reparatur nicht mehr zweckmäßig erscheint.

Weiter wird in dem Protokoll die Entschädigung des Kötzschenbrodaer Lehrers auf 120 Taler und die des Naundorfer auf 8 Taler jährlich festgelegt.

In der Verhandlung wurden weitere Bestimmungen über den Schulbau getroffen. Das Beitragsverhältnis der zu der neuen Schulgemeinde vereinigten Orte Niederlößnitz mit Hoflößnitz und Lindenau mit Berghäusern zu den Oblasten wurde nach der Kopffzahl der Schulkinder festgelegt mit der Bestimmung, dass es von 10 zu 10 Jahren neu ermittelt werden solle. Für den anzustellenden Lehrer wurden 160 Taler als Jahresgehalt und 20 Taler für die Heizung der Schulstube ausgeworfen.

Am 30. Oktober 1837 wurde das **erste Schulhaus** an der Winzerstraße (Nr.72), zu dem ein Bergbesitzer Hagen den Platz geschenkt hatte, der Schulgemeinde übergeben und am 02. Januar 1838 eingeweiht. An diesem Tage trat die Abtrennung von der Kirchscheule in Kraft.

Die in den Verhandlungen am 19. August 1836 vom Weinbergverein vorgeschlagene Grenzziehung ist nicht beibehalten worden. Man führte die Grenze im Westen vielmehr entsprechend der Grundstücksgrenze von Wackerbarths Ruhe und von dort dem östlich verlaufenden Rande des Berghanges folgend bis zur heutigen Ludwig-Richter-Allee. Man schloss also nur die eigentlichen Weinberggrundstücke von Wackerbarths Ruhe bis zum Neufriedstein ein. Das Kegelsche Weingut, den späteren Johannisberg, dessen Besitzer 1832 auch dem Weinbergverein beigetreten waren, ließ man bei Naundorf, ebenso den Himmelsbusch, die Kreischbuschberge und die Ebenberge. Das Mohrenhausgrundstück blieb bei Niederlößnitz. Die Ausflurung der zu Naundorf gehörigen Weinberge bis einschließlich des Neufriedstein, die meist nach Dresden steuerten, machte wenig Schwierigkeiten, die Grenzziehung zwischen Niederlößnitz und Kötzschenbroda dagegen zog sich bis 1846 hin, und das königliche Justizamt musste verschiedene Male in den langwierigen Streit eingreifen.

1836 entstand in Niederlößnitz die **Fabrik moussierender Weine**, die spätere "**Sektkellerei Bussard**". 1819 hatte der Leipziger Kaufmann Ludwig Pilgrim das Mohrenhaus *) gekauft, der vorher schon Altfriedstein besessen und ihn an Georg Schwarze veräußert hatte. 1825 erwarb Oberforstmeister von Bredow das ehemalige Kobersche Weingut. Diese drei Männer und der etliche Jahre später zuziehende Besitzer des Neufriedsteins Franz Sickmann griffen die Versuche auf, den Lößnitzer Wein zu Champagner zu verarbeiten, die von Bredow Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhundert erfolgreich durchgeführt hatte, und gründeten eine Aktiengesellschaft zur Erzeugung moussierender Weine, um den Lößnitzer Weinbergbesitzern einen lohnenden Absatz ihres Weinwuchses zu gewährleisten. Bis zur Vernichtung des sächsischen Weinbaues durch die Reblaus in den achtziger Jahren des 19. Jahrh. verarbeitete das Unternehmen ausschließlich Lößnitzer Weinwuchs und stellte sich erst dann auf Rhein- und Moselwein für ihren Champagner um.

Die unklare Stellung, die der Niederlößnitzer Weinbergverein immer noch, insbesondere mit der noch bestehenden Verpflichtung der Besitzer der sogenannten Herrenberge, zu den Kosten der Kötzschenbrodaer örtlichen Gerichtstage, den alten Dinghellern, beizutragen, gegenüber dem Nachbarort einnahm, führte zu allerhand Unzuträglichkeiten, die die endliche Bildung einer regelrechten Gemeinde und die vollständige Abtrennung von der Gemeinde Kötzschenbroda notwendig machten. Die endgültige Abtrennung erfolgte 1839. Am 07. August dieses Jahres fand die Wahl des ersten Gemeinderates von Niederlößnitz in der Goldenen Weintraube statt. Das Protokoll dieser Gemeinderatswahl besagt folgendes:

Niederlößnitz, den 7. August 1839

Nachdem sich heute vormittag in Direktorialauftrage Herr Aktuar Reinicker und der unterzeichnete Protokollant zum Behufe der vorzunehmenden Wahl eines Gemeinderates zu Wagen

**) Das Mohrenhaus hat seinen Namen von zwei Bergkuppen erhalten, die, mit kurzem Gestrüpp bewachsen, vom Tal aus gesehen zwei Mohrenköpfen ähnlich gewesen sein sollen. Das jetzige Herrenhaus wurde 1868/71 von den Baumeistern Gebr. Ziller für Major Demiani erbaut. Moritz Lilie sagt in seiner 1892 erschienenen Chronik, Seite 71, daß das Mohrenhaus "unter Pilgrim" ein Sammelplatz berühmter Zeitgenossen gewesen sei. Carl Maria von Weber, Ludwig Tieck, Jean Paul, Hofrat Winkler, der Teodor Hell des Dresdner Dichterteams und andere Mitglieder dieser literarischen Gesellschaft des damaligen Dresdens seien oft auf dem Mohrenhaus verkehrt. Schubert erwähnt in seiner 1864 erschienenen Chronik nichts davon. Lilie verwechselt unkritisch das Niederlößnitzer Mohrenhaus mit dem Dresdner Mohrenhaus im Coselschen Garten an der Prießnitzmündung, in dem C.M.v. Weber im Sommer zeitweise wohnte.*

hierher und zwar in den zur vorsehenden Expedition bestimmten Gasthof zur Weintraube verfügt, so hat daselbst zunächst der persönlich anwesende Lokalrichter Christian Friedrich Fuchs nach erfolgter Verweisung auf seine Pflicht referiert, daß nicht allein die öffentliche Vorladung vom 28. Juli dieses Jahres in seiner Wohnung, als den für öffentliche Bekanntmachungen üblichem Orte, von ihm angeschlagen worden wäre, und seitdem fortwährend daselbst ausgehängt hätte, sondern daß er auch die Wahlliste habe circulieren lassen, sowie daß er die einzelnen Gemeindemitglieder durch persönliche Mitteilung davon in Kenntnis gesetzt habe, daß und wo dieser Anschlag aushänge, ingleichen daß die Wahlversammlung heute vormittag in dem eingangs gedachtem Lokale stattfinden werde.

Es sind hierauf die 53 persönlich erschienenen Gemeindemitglieder in das Expeditionslokal eingelassen und ist mit denselben nach gehaltenem Vortrag und gepflogener Beratung zunächst folgendes festgesetzt worden:

1.

Es sollen die Gemeindemitglieder im Gemeinderat nach zwei Hauptklassen, nämlich

- a) Weinbergbesitzern, zu denen auch die vorhandenen Häusler zu zählen sind, und
- b) Unangesessene

vertreten werden. Man hat im Einverständnis mit der Gemeinde die Häusler darum mit zu der Klasse der Weinbergbesitzer gerechnet, weil sie ebenfalls noch Land besitzen, aber solches zufällig nicht zur Weinbebauung, sondern zu Garten und Feld benutzen.

2.

Die Zahl der Ausschußpersonen soll aus zusammen fünf, und zwar

- a) vier aus der Klasse der Weinbergbesitzer und
- b) einem Unangesessenen bestehen.

3.

Von den fünf Gemeindevertretern sollen den 31. Dezember 1840 einer, sodann nach zwei Jahren, folglich den 31. Dezember 1842, zwei, und nach abermals zwei Jahren, folglich den 31. Dezember 1844, wiederum zwei ausscheiden, und in diesem Maße auch der Austritt der künftigen Ausschußpersonen erfolgen.

Hierauf wurde zur Wahl selbst verschritten und zu diesem Behufe die Liste der Wählbaren den sämtlichen anwesenden Gemeindemitgliedern vorgelesen, sodann aber einem Jeden ein Stimmzettel mit behufliger Anweisung zur Ausfüllung ausgehändigt.

Nach erfolgter Ausfüllung wurden Seitens des Herrn Aktuar Reinicker von jedem Stimmenden die Stimmzettel einzeln entgegen genommen, sodann aber die Stimmen ausgezählt, wobei sich ergab, daß

- a) aus der Klasse der Weinbergbesitzer
 - 1. Heinrich August Hilliger mit 37 Stimmen
 - 2. Gottlieb Götze mit 22 Stimmen
 - 3. Danile Münch mit 16 Stimmen und
 - 4. Herr Pilgrim mit 12 Stimmen
- b) aus der Klasse der Unangesessenen
 - 5. Meister Bühlau

gewählt worden waren. Sämtliche Gewählte nahmen die auf sie gefallene Wahl an.

Hiermit ist diese Expedition beschlossen, gegenwärtiges Protokoll aber vorgelesen, genehmigt und unterschrieben worden.

August Eduard Reinicker
(Actj)
(im Direktorialauftrage)

Aurel von Schlieben
(verpfl. Protokollant)

Christian Friedrich Fuchs
(Richter)

Johann Gottfried Grille
Johann Samuel Richter
(Gerichtsschöppen)

Am Nachmittag desselben Tages wurden auch die Beamten der Gemeinde gewählt. Das darüber ausgefertigte Protokoll lautet:

"Eodem,
des Nachmittags haben sich vor dem Herrn Aktuar Reinicker die Ausschusspersonen:

- 1.) Hilliger
- 2.) Götze
- 3.) Münch
- 4.) Pilgrim
- 5.) Böhlau

persönlich eingefunden, um mit ihnen zur Wahl der Kommunbeamten zu verschreiten.

Hierbei ist zuvörderst festgesetzt worden, daß außer dem Vorstände und dessen Stellvertreter noch zwei Gemeindeälteste, von denen der eine das Kassenwesen und Rechnungswesen, der andere das Schrifanfertigen zu besorgen habe, gewählt werden sollen.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des Vorstandes ergab sich, daß
Heinrich August Hilliger

einstimmig gewählt war.

Man ging darauf zur Wahl des ersten Gemeindeältesten über, als welcher Dr. Dehne mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt wurde. Bei der Wahl des zweiten Gemeindeältesten, welcher zugleich das Kassen- und Rechnungswesen zu besorgen hatte, galt Gottlob Götze als legal gewählt. Zum dritten Aeltesten, welcher zugleich das Schrifanfertigen zu besorgen hat, ward Schlossermeister Hartmann mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Der in der Versammlung anwesende Gottlob Götze, sowie die sofort herbeigerufenen Dr. Dehne und der Schlossermeister Hartmann erklärten sich zur Annahme der auf sie gefallen Wahl bereit.

Da die gewählten Hilliger und Gottlob Götze nach der zu erwartenden Bestätigung und künftigen Einsetzung in ihre Ämter, als Ausschußpersonen ausscheiden, so rücken an deren Stelle
Gottlob Münch und
Gottlieb Zscheile

aus der Klasse der Weinbergbesitzer in den Gemeinderat als Ausschußpersonen ein.

Solches alles ist zur Nachricht anher bemerkt, vorgelesen, genehmigt und unterschrieben worden.

August Eduard Reinicker
Actj
(im Direktorialauftrag)

Aurel von Schlieben
verpflichteter Protokollant

Heinrich August Hilliger
Mag. Joh. Friedr. Ant. Dehne, Dokt. phil
Johann Gottlob Götze
Karl Behla
Johann Daniel Münch
Gottfried Hartmann
Gottlob Münch
Gottlieb Zscheile

Die Verpflichtung des Vorstandes Hilliger und der drei Gemeindeältesten nahm am 02. September 1839 der Justizamtmann Luzius aus Dresden vor. Damit war der erste Gemeinderat von Niederlößnitz rechtskräftig bestätigt. Am 21. September hielt er seine erste Sitzung ab.



Abb.1
Siegel der Gemeinde Niederlösnitz

In den ersten Jahren der jungen Gemeinde fielen zwei bedeutsame Ereignisse. Das erste war die Erbauung der **Dresden-Leipziger Eisenbahn**. Zwar wurde Niederlösnitz nicht direkt davon berührt, da seine Flur nicht bei der Führung der Linie in Frage kam wie die Fluren seiner Nachbarorte, da aber die erste Haltestelle in nächster Nähe seiner Grenzen lag und für die nächsten Jahre die einzige in der Lösnitz blieb, trug dies wesentlich zum raschen Aufschwung des Ortes bei. Der erste Zug der neuen Eisenbahn lief am 19. Juli 1838 vormittags 8 Uhr in der vorläufigen Endstation Weintraube ein und wurde dort mit großer Feierlichkeit empfangen. 16 Züge mit je 600 Fahrgästen wurden an jenem 19. Juli von Dresden nach der Lösnitz abgefertigt und nach einer noch vorhandenen Statistik wurden in der Woche vom 30. Juli bis 05. August 1838 auf dem Leipziger Bahnhof in Dresden 13 686 Fahrgäste nach der *"Station Weintraube"* abgefertigt.

Das zweite wichtige Ereignis für Niederlösnitz war das **"große Winzerfest"**, das die Weinbaugesellschaft im Königreich Sachsen am 25. Oktober 1840 in den Räumen der Weintraube abhielt. Zwar war es nicht ein Fest des Lösnitzer Weinbaues ausschließlich, sondern ein solches des gesamten weinbauenden Sachsens, an dem sich nach der von der Weinbaugesellschaft herausgegebenen Schrift über dasselbe 120 Gemeinden, in deren Fluren Weinbau betrieben wurde, beteiligten. Man hatte aber die Lösnitz *"wegen des Mittelpunktes der Weinpflanzungen"* gewählt. Leider gibt diese Schrift keine Auskunft über den damaligen Umfang des Lösnitzer Weinbaues, erwähnt nur, dass die Hoflösnitz 64 Scheffel Weinland umfasse und der gesamte Flächeninhalt des sächsischen Weinbaues auf 2976 Acker = rund 649 Hektar berechnet werde. Festlokal war die *"Weintraube"*, vor der der bekannte große Winzerfestzug, von der Hoflösnitz kommend, vor den Festgästen, unter denen sich auch das königliche Haus befand, vorbeimarschierte. In der *"Weintraube"* selbst wurde eine große Ausstellung von Erzeugnissen des sächsischen Weinbaues abgehalten.

1846 wurde endlich der langwierige Streit über die **Grenzführung** zwischen Kötzschenbroda und Niederlösnitz beigelegt. Niederlösnitz wollte seine Südgrenze durch die Meißner Landstraße bestimmt sehen. Das mochte seine Berechtigung dort haben, wo die Weinberge bis zu dieser Straße herabreichten, wie es etwa von der Borstraße bis zur Paradiesstraße der Fall war. Bei dieser Grenzziehung kamen aber auch Feldflurteile mit in Frage, die, zu Kötzschenbroda gehörig, nördlich der Landstraße lagen. Gegen deren Verlust sträubte sich Kötzschenbroda ganz entschieden. In der Hauptsache handelte es sich dabei um das Gelände zwischen dem Langen Weg (Dr.-Rud.-Friedr.-Str.) und der Moritzburger Str. einerseits und der Landstraße und dem sog. *"alten Viehweg"*, der späteren Grenzstraße (Heinrich-Zille-Str.) andererseits. Am 25. Oktober 1846 einigte man sich auf oberbehördliches Betreiben auf die endgültige Grenzziehung mit Kötzschenbroda dahin, dass vom Lösnitzbach bis zum Langen Weg die Meißner Landstraße die Grenze bilden, diese dann die Oberseite des Langen Weges, weiter, dann den alten Viehweg entlang, der deswegen dann auch Grenzstraße genannt wurde, laufen sollte. Strittig blieb noch die bauliche Unterhaltung des Langen Weges auf einer Strecke von 94 Ruten (354,3 m / 1 Rute = 3,77 m) und die des alten Viehweges. Bei ersterem einigte man sich auf eine Teilung der Unterhaltungsstrecke in je 47 Ruten, bei dem alten Viehweg dahin, dass Kötzschenbroda die Unterhaltung ganz übernahm, Niederlösnitz aber eine anteilige Unterhaltungsquote von jährlich 3 Talern zustand. Damit war der territoriale Bestand der politischen Gemeinde endlich festgelegt.

Vor Abschluss dieser Verhandlungen machte Kötzschenbroda Niederlößnitz den Vorschlag, doch von der Bildung eines eigenen Gemeindebezirkes abzusehen und, wie das Gemeinderatsprotokoll vom 15. März 1846 besagt, "den Ort mit Kötzschenbroda zu einem gemeinsamen Gemeindebezirk umzuschaffen".

Die Niederlößnitzer lehnten diesen Vorschlag ab. Sie beschlossen, wie das erwähnte Protokoll wörtlich besagt, *"dieses Ansinnen zurückzuweisen, da Kötzschenbroda laut gepflogenen Unterhandlungen in die Abtretung von der Niederlößnitz eingewilligt und man nicht gemeint ist, die bedeutenden Opfer, welche zur Regulierung der Heimat- und Schulgrenzen erforderlich gewesen seien, umsonst gebracht zu haben"*.

Wenn sich Niederlößnitz anfänglich dagegen gesträubt hatte, einen Tag- und einen Nachtwächter einzustellen, so musste man sich 1840 doch zur Anstellung eines Tagwächters verstehen. Später hob man diesen Beschluss aber wieder auf und erreichte bei der Aufsichtsbehörde, dass die Gemeindeangehörigen für die Sicherheit des Ortes selbst sorgen durften. Auch den Nachtschutzdienst ließ man von den männlichen Einwohnern reihum selbst versehen. Man blieb damit bei dem Modus, der auch bei den Nachbargemeinden bis weit in die sechziger Jahre des 19. Jahrh. in Gebrauch war. Zeichen der Polizeigewalt des den Wächterdienst versehenen war ein Speiß, der dem Dienstpflichtigen jedesmal zugestellt wurde. Der Chronist Schubert schreibt über dieses nächtliche Wächteramt in seiner 1864 erschienenen Chronik, dass "der Nachtwächterspieß wohl manche Nacht, statt zu wandern, hinter irgendeiner Haustür geschlummert habe". Er bezieht diese Bemerkung ganz besonders auf Niederlößnitz. Auch gegen die Einrichtung eines Feuerschutzes wehrte sich die Gemeinde hartnäckig, und zwar mit dem Hinweis, daß der Ort kein Löschwasser besitze, man verließ sich mit dem Feuerschutz ganz auf die Nachbarorte. Als 1860 die Gemeinde zur Nachachtung der feuerpolizeilichen Vorschriften angehalten wurde, verweist sie auf das "mangelnde Löschwasser wodurch sich Feuerspritzen völlig unverwendbar machen". Die Gemeinde beruft sich in ihrer Eingabe an die Aufsichtsbehörde darauf, dass "bei einem entstandenen Feuer die benachbarten Gemeinden Kötzschenbroda, Serkowitz und Radebeul mit ihren Spritzen herbeieilten, die sie erst zu Hause mit Wasser füllen *). Erst 1882 schaffte die Gemeinde eine eigene Spritze an.

Um 1840 war es in den Lößnitzdörfern noch Sitte, dass bei einem Todesfalle die Angehörigen des Verstorbenen selbst dessen Grab gruben. Als 1843 die Kirchgemeinde Kötzschenbroda einen Totengraber für den gemeinsamen Friedhof einstellen wollten, lehnte der Gemeinderat von Niederlößnitz dies ab und beschloss, es bei dem althergebrachten Bestattungsverfahren zu belassen, um den weniger bemittelten Gemeindeangehörigen die Kosten zu ersparen **).

Sehr zurückhaltend war man im Gemeinderat mit der Befürwortung von Schank-erlaubnisgesuchen. Außer der Gaststätte "zur Weintraube" bestand um 1840 die "Bertramsche Restauration" in der Mittleren Bergstraße (Winzerstr.) und der **Gemeindereiheschank** im Grundstück des Böttchermeisters Münch (später Jägerhof). 1843 suchte die Champagnerfabrik um Schankeraubnis für Bier, Wein usw. nach. Der Gemeinderat schlug die Befürwortung des Gesuches ab mit der Bemerkung, dass Niederlößnitz schon genügend mit Schankstätten versorgt sei und verwies auf die Bahnhofsrestauration "bei Kötzschenbroda, woselbst einkehrende Fuhrleute und sonstige Gäste gespeist und getränkt werden könnten". Ähnlich ging es dem Besitzer der **Pappelschänke** (Lößnitzer Hof), für die seit 1839 eine Realkonzession für Weinschank über den eigenen Weinwuchs hinaus bestand. Die erbetene Erweiterung der Schankeraubnis auf Bier wurde 1844 vom Gemeinderat einstimmig verweigert, da dazu kein Bedürfnis vorliege. Auch der Pächter der Gräflich Flemmingschen Weinberge in den Welzigbergen, Johann Georg Schiemank, konnte erst nach langem Petitionieren die Unterstützung seines Gesuches um Erlaubnis zum Gästesetzen in seinem Weinberge erhalten. Aus diesem Weinschank entstand 1845 die Bergwirtschaft **Paradies**.

Einen ganz anderen Standpunkt nahm der Gemeinderat einige Jahre später in einer ähnlichen Angelegenheit ein. Ein Gottfried Zscheile hatte 1844 auf einem Weinberg an der Viehtriebe (Moritzburger Str.) eine Gaststätte errichtet, in der er zunächst seinen eigenen Weinwuchs ausschenkte. Außerdem erpachtete er von der Gemeinde den Reiheschank, in dem er nur ortsan-

*) Akta private 1859/60 No. 89. Gemeindearchiv Niederlößnitz

**) Akta privata 1843/44 No. 5. Gemeindearchiv Niederlößnitz

sässige Gäste bewirten durfte. 1846 beantragte Zscheile die Erweiterung dieses Reiheschanks zu einer vollen Gasthauskonzession für seine Gaststätte, die damals schon den Namen "**Heiterer Blick**" trug. Da vertrat der Gemeinderat die Meinung, daß eine Gastwirtschaft mit Ausspannung und mit der Erlaubnis zur Verabreichung warmer Speisen an auswärtige Gäste, wie sie schon in der Goldenen Weintraube bestand, für einen Ort, wie Niederlößnitz zu wenig sei, zumal die Weintraube am anderen Ende des Ortes liege. Man empfand es als Nachteil, daß es in einer Gemeinde von über 400 Einwohnern keine Gelegenheit für diese gäbe, ihre Hochzeiten, Kindtaufen usw. abzuhalten. Auch sei es ein Mangel, daß das Dorf keinen Tanzsaal besitze und "die jüngere Generation ihr Vergnügen in auswärtigen Dörfern suchen müsse". Der Gemeinderat empfahl daher angelegenheitlichst das Gesuch Zscheiles um Erlaubnis zum Gästesetzen, zur Ausspannung und zum Abhalten von Tanzvergnügen.

Das unruhige Jahr 1848 veranlasste die Landesbehörden, den Gemeinden "Sicherheitsmaßnahmen zur Verteidigung gegen etwaige Anfälle böswilliger Menschen, welche in gegenwärtiger Zeit die Person und das Eigentum bedrohen", zu treffen. Der Gemeinderat beschloß daher am 15. April 1848, daß sich jeder unbescholtene Einwohner, so gut er könne, bewaffnen solle. Der Ort wurde in drei Bezirke eingeteilt, deren jeder einen Anführer wählen und sich über einen Sammelplatz einigen solle, wohin bei von den Wächtern erhobnen Alarm jedermann mit seinen Waffen zu eilen und den Bedrängten zu Hilfe zu kommen habe. Von abends 9 Uhr bis nachts 3 Uhr habe eine Wache von je 2 Mann jeden Bezirk abzugehen und bei Gefahr die Einwohner "durch Geschrei und Herausklopfen aus dem Schlaf zu bringen". Das Jahr 1848 verlief in der Lößnitz jedoch ruhig, der Selbstschutz der Bewohner hatte keine Veranlassung, irgendwie einzugreifen.

Wenn das Ministerium 1848 die Selbstbewaffnung der Gemeindebürger angeraten hatte, so geschah im Jahre 1849 das Gegenteil. Unter dem Eindrucke der allgemeinen Gärung im Lande und besonders in der nahen Hauptstadt ordnete der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Generalleutnant von Schirnding, die völlige Entwaffnung der Einwohner an. Sämtliche im Privatbesitz befindlichen Waffen mussten bei der Gemeindebehörde abgeliefert werden. Das ging nicht ohne Reklamation Einzelner ab, die, auf die einsame Lage ihrer Häuser hinweisend, den Besitz einer Waffe zum Selbstschutz für unbedingt notwendig hielten. Der Gemeinderat erkannte wohl die Berechtigung solcher Verlangen an, konnte aber keinerlei Ausnahmen gestatten, "da die meisten Wohnhäuser isoliert liegen und die Bewohner derselben auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sind".

Wie in allen anderen Orten, so wurde auch in Niederlößnitz auf behördliche Anordnung eine **Communalgarde** gebildet, zu der die Einwohner herangezogen wurden. Die Bewaffnung derselben war eine Pike, eine einfache Stoßwaffe von 1,75 m Länge mit Eisenspitze, die jeder Einwohner auf eigene Kosten anschaffen musste. Nur Unbemittelten wurden diese Spieße durch eine freiwillige Sammlung unter den Bessersituierten beschafft. Niederlößnitz, wie die Lößnitz überhaupt, blieb auch im Jahre 1849 von dem Aufstande in der Residenz unberührt. Nur Kötzschenbroda hatte einmal den Durchzug von etwa 200 auswärtigen Freischärlern, die mit der Bahn dort ankamen, über die Elbe setzten und auf dem jenseitigen Ufer nach Dresden zogen. Einige Heißsporne aus der Lößnitz seien zwar, wie Schubert in seiner Chronik berichtet, nach Dresden gezogen, aber, bis auf einen einzigen, am anderen Morgen wieder in der Heimat eingetroffen.

Außerordentlich peinliche Erhebungen stellte der Gemeinderat an, wenn sich ein Gewerbetreibender in Niederlößnitz selbständig machen wollte. Sehr oft wurde die Erlaubnis dazu verweigert, Fast regelmäßig wird dies damit begründet, dass kein Bedürfnis für das betreffende Gewerbe vorhanden sei, dass der Ort dem Gesuchsteller keine Existenzmöglichkeit biete und dass die Konkurrenz des nahen Kötzschenbroda die Prosperität des geplanten Unternehmens aussichtslos mache. So wird 1852 mit dieser Begründung die Niederlassung eines zweiten Schneiders und in demselben Jahre die eines Kaufmannes, des ersten, der im Orte ein derartiges Geschäft gründen wollte, abgelehnt. Ein Tischler wird um diese Zeit ebenfalls als überflüssig erachtet.

1850 errichtete der seit 1822 in Kötzschenbroda bestehende "Verein für Heilwesen und Naturkunde" im sogenannten "Steinernen Haus" eine Krankenanstalt, die auch von der Gemeinde Niederlößnitz mit 5 Talern aus Armenkassenmitteln jährlich unterstützt wurde. 1863 wurde diese Krankenanstalt, das spätere **Bethesda**, von der Diakonissenanstalt zu Dresden erworben.

Der Ort war inzwischen stetig gewachsen. Seine Einwohnerzahl, die zur Zeit der Errichtung der politischen Gemeinde etwa 400 betrug, stieg bis 1856 auf 668 und die Zahl der Wohngebäude auf 112.

Ein Vergleich mit Kötzschenbroda zeigt, daß dieses in dieser Zeit im Verhältnis zu Niederlößnitz fast überbevölkert war. Kötzschenbroda hatte um 1856 in 139 Wohnhäusern 243 Haushaltungen mit 1089 Einwohnern, während auf die 112 Häuser von Niederlößnitz nur 72 Haushaltungen kamen. Aus der Weinbergsgemeinde hatte sich ein ausgesprochener Villenort entwickelt, der 1861 in 126 Häusern 763 Einwohner zählte.

Nach einer "*Schilderung eines alten Niederlößnitzers*" *) hatten sich die Weinberge um 1860 bis zur Mittleren Bergstraße (Winzerstr.) zurückgezogen. Nur noch einige wenige mauereingefasste Weinberge zogen sich von Kötzschenbroda aus bergan, im übrigen gab es dort noch weite Getreidefelder. An der Borngasse (Am Bornberg) stand nur ein einzelnes Haus. Westlich der Moritzburger Straße gab es zwischen dem Berghang und der Eisenbahn und darüber hinaus bis zur heutigen westlichen Hermann-Ilgen-Str. nur Feldbau. Erst in der Mitte der 60er Jahre entstanden in der Nähe der heutigen Post die ersten Villen. Diese Schilderung Thienemanns entspricht einer Ansicht von Wackerbarths Ruhe, die Ludwig Richter um jene Zeit zeichnete. Sie zeigt die Gegend östlich davon als unbebaute Feldflur, die nur von der nach Altfriedstein führenden Kastanienallee unterbrochen wird.

Das Jahr 1866 brachte für Niederlößnitz, wie für die gesamte Umgebung Dresdens unruhige Zeit. Schon seit März liefen Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg Preußens gegen Österreich, auf dessen Seite Sachsen stehen würde, umher. Anfang Mai mobilisierte Sachsen seine Truppen. Zwei Batterien Artillerie, die im Kirchspiel Kötzschenbroda im Quartier lagen, rückten am 15. Mai nach Pirna ab. Nach ihnen wurde das Wurzener Schützenbataillon in der Lößnitz vorübergehend einquartiert. Am 21. Juni rückten die ersten preußischen Truppen in die Lößnitzdörfer ein. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurde in Niederlößnitz, wie auch in den Nachbardörfern eine Einwohner-Sicherheitswache wie in den Jahren 1848/49 eingerichtet, die bis Mitte August bestand, ohne dass ihr Eingreifen bis dahin irgendwie erforderlich gewesen wäre.

Der Personendampferverkehr wurde am 15. Juni vorübergehend eingestellt, da die Dampfer zur Verfügung der sächsischen Regierung bereitgehalten werden mussten. Da man auch eine Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs befürchtete, richtete der Fuhrhalter Eisold an der Goldenen Weintraube eine regelmäßige Omnibusverbindung zwischen Kötzschenbroda und Dresden ein. Die befürchteten Verkehrsstörungen traten aber nicht ein. Niederlößnitz hatte während dieses Krieges keinen Gefallenen zu beklagen, auch blieb es von der anderwärts stark auftretenden Choleraepidemie verschont. Zur Unterstützung der Familien der gefallenen sächsischen Soldaten wurde im August ein "*Special-Militär-Hilfsverein*" gegründet, dem Einwohner aller Dörfer der Umgegend angehörten und dessen Vorsitzender Oberstleutnant a. D. von Metzradt in Niederlößnitz war.

War das Jahr 1866 für die gesamte Lößnitz ein aufregendes, da es gegnerische Truppen in Durchmärschen und in Einquartierungen brachte, so verliefen die **Kriegsjahre 1870/71**, abgesehen von der natürlichen Aufregung durch den Ausbruch des Krieges und seinen Fortgang, wesentlich ruhiger. Am 16. Juli wurde das sächsische Armeekorps mobilisiert. Am 21. Juli wurden vor der Goldenen Weintraube die Pferde der zum Gerichtsamt Dresden gehörigen Ortschaften rechts der Elbe gemustert. Im Herbst wurde vom 17. September ab das Ersatzbataillon des Infanterieregimentes 106 in den Lößnitzortschaften, auch in Niederlößnitz, einquartiert und blieb bis zum 28. Juni 1871. Diese Formation stellte auch die Wachmannschaften für das Übigauer Gefangenenlager.

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben nahm während der Kriegszeit seinen ungestörten Fortgang. 1866 lag beides dagegen anfänglich fast ganz darnieder. Den besten Spiegel bieten dafür in dieser Zeit die Spalten der Ziegnerschen Ortszeitung. Mehrfach liest man 1870/71 darin auch, dass die französischen Gefangenen des Übigauer Lagers in geschlossenen Trupps unter Bewachung Ausflüge in die Lößnitz gemacht haben.

*) **Otto Thienemann, Erinnerungen eines alten Niederlößnitzers, Elbaue 1924**
Die Thienemann-Familie war von 1832 bis 1885 in Niederlößnitz und Zitzschewig ansässig. Ein Zweig besaß das "Hohe Haus" in Zitzschewig, der andere den Alt-Friedstein. Otto Thienemann gehörte der Altfriedstein-Linie an. Er starb 1941.

Den Tag der Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch die französische Nationalversammlung zu Bordeaux feierte man in spontaner Begeisterung. In den Weinbergen wurden Freudenfeuer entzündet, Häuser wurden illuminiert und die Weinbergskanonen donnerten den Freudensalut in das Elbtal. Als am 11. Juli nach den Truppeneinzugsfeierlichkeiten in Dresden Oschatzer Ulanen über Nacht auf dem Rückmarsche in den Lößnitzdörfern einquartiert wurden, Niederlößnitz war davon allerdings wegen des Mangels an für berittene Truppen geeigneten Quartieren ausgenommen, beteiligten sich die Niederlößnitzer Einwohner an den schnell improvisierten Empfangsfeierlichkeiten.

Einen instruktiven Einblick in den **Stand des Weinbaues** in Niederlößnitz um 1870 gewährt eine Liste, die der Gemeindevorstand Petz Anfang dieses Jahres angelegt hat (Privatakten der Gemeinde Niederlößnitz 1869/70). Danach waren zu jener Zeit noch 33 Weinberge in Kultur. 19 davon waren sogenannte Herrenberge, in denen Winzer ständig beschäftigt wurden. Die Lage der 33 Weinberge läßt sich heute noch an Hand der Katasternummern feststellen. Nur einige wenige Grundstücke sind, vermutlich durch Anlage von Straßen, verschwunden und nicht mehr zu lokalisieren, so das Weinberggrundstück des Dresdner Bürgermeisters Dr. Hertel, das in der Nähe der Goldenen Weintraube lag. Dort wurde 1870 noch ein Berufswinzer beschäftigt. Weitere Herrenberge waren die Grundstücke:

Körnerweg 2	(Regierungsrat von Mangold mit 1 Winzer),
Borstraße 17	(Frau von Gottschalch mit 1 Winzer),
der Grundhof	(Dehnes Erben mit 1 Winzer),
Auf den Bergen 65	(Graf Hohenthal mit 1 Winzer [später "Paradies"]),
Jägerhofstr.33	(Frau Martine Lucius mit 1 Winzer),
die fiskalischen Eckberge ,Ob.Bergstr./Terrassenstr. - 2 Winzereien - ,	
Obere Bergstr.33	(Frau von Minckwitz mit 1 Winzer),
Obere Bergstr.42	(Oswalds Erben mit 1 Winzer),
Obere Bergstr.44 u. Burgstr.8 - die sog. "Spittelberge" – (v. Römer – 2 Winzereien),	
die Gießmann´schen Weinberge (Friedensburg - 2 Winzereien) ,	
Brühlstr.1 - Altfriedstein (Franz Otto Thienemann - 2 Winzereien),	
Wackerbarth´s Ruhe (Friedrich Weinert mit 1 Winzer),	
Mittlere Bergstr.4 - Eckberge, Wackerb.R. (Frau Rosine Oder mit 1 Winzer),	
ferner nicht feststellbarer Berg des Dresdner Rentiers Müller mit 1 Winzer.	

Kleinere Weinberge ohne ständige Winzer oder im Eigenbetrieb der Besitzer waren 1870 die heutigen Grundstücke :

Winzerstr.27,
 Jagdweg 7 und 10,
 Jägerhofstr.47,
 Höhenweg 5 (Sängerhöhe),
 Gradsteg 20,
 Winzerstr.46, 48, 50, 54, 64, 73, 83,
 Kaiserstr.20,
 Am Jacobstein 1,
 und zwei nicht mehr feststellbare Grundstücke in der Paradiesstraße.

Die Akten der Gemeindeverwaltung der Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg zeigen, dass der Ort in eine neue Entwicklungsphase getreten ist. Die Bodenspekulation hatte sich auf das Niederlößnitzer Gelände gestürzt und suchte die einzelnen Parzellen durch Anlage neuer Straßen der Bebauung zu erschließen. Zeitweise haben die Gemeindevertreter sich fast in jeder Beratung mit derartigen Gesuchen zu befassen, die sehr oft abgelehnt werden mussten, weil, wenn ihnen immer nachgegeben worden wäre, ein Gewirr von Straßen entstanden wäre, durch das die Größe der einzelnen Bauplätze zu sehr gelitten hätten.

1868 war das auf der Höhe der Gießmann´schen Weinberge gelegene Winzerhaus, in dem ein Weinschank betrieben wurde, abgebrannt. Gießmann erbaute an seiner Stelle die heutige **Friedensburg** , die 1871 eröffnet wurde.

In den siebziger Jahren wählten einige zu ihrer Zeit berühmte Künstler Niederlöbnitz zum Aufenthalt. Im Grundstück Körnerweg 2 wohnte der Maler **Herbert König**, der einen großen Ruf als Maler und Graphiker hatte. Der Künstler, der die Dresdner Malerakademie besucht hatte, wandte sich nach kurzem Studium an derselben zunächst der Bühne zu, gastierte u.a. am Dresdner Hoftheater mit großem Erfolg als Mephisto im Faust. Später kehrte er wieder zur Malerei zurück, in der er sich autodidaktisch weitergebildet hatte. Seine Bilder waren sehr gesucht. Deutsche und ausländische Fürstenthäuser waren Käufer seiner Werke. Als gesuchter Illustrator war er Mitarbeiter an der Keilschen "Gartenlaube", der Zeitschrift "Über Land und Meer" und den Münchner "Fliegenden Blättern". Am 13. Juni 1876 starb der Künstler auf seiner Niederlöbnitzer Besitzung und wurde unter großer Beteiligung Dresdner Künstlerkreise auf dem Kötzschenbrodaer Friedhof bestattet. Ein anderes Künstlerheim entstand 1872 in der Borstraße. Einer der lebenswürdigsten Künstler, der Maler und Meister der Illustration Professor **Oskar Pletsch**, dessen Name heute in einer Straßenbezeichnung weiterlebt, wählte sich Niederlöbnitz zur zweiten Heimat. 1830 zu Berlin geboren, studierte er als Schüler Bendemanns an der Dresdner Kunstakademie. Frühzeitig wandte er sich mehr und mehr der illustrierenden Kunst zu. Die Kinderbücher mit den originellen Zeichnungen des Künstlers waren in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrh. fast in jeder deutschen Familie zu finden. Das Heimatmuseum Hoflöbnitz (jetzt Weinbaumuseum Haus Hoflöbnitz) bewahrt eine Sammlung seiner Kinderszenenbilder auf. Am 12. Januar 1888 verschied Oskar Pletsch, 58 Jahre alt, in seinem Haus in der Borstraße und wurde unter außerordentlich großer Teilnahme ebenfalls auf dem Friedhof Kötzschenbroda bestattet.

In den Verhandlungen des Gemeinderates spielt in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine "**Hauptstraße**" eine große Rolle. Man hatte anscheinend die Absicht, diese Straße zum Mittelpunkt des Ortes zu stempeln. Das gleiche Bestreben hat auch bei dem an ihrem östlichen Ende gelegenen, kreisrunden Platze, heute Kreuzung der König- und Kaiserstraße (Karl-Liebknecht- und Thomas-Mann-Str.), vorgewaltet. Die weitere Entwicklung des Ortes hat aber diese Absicht nicht unterstützt. Die Empfindung, daß die Straße durchaus nicht den Charakter einer "Hauptstraße" trage, mag auch 1885 den Gemeinnützigen Verein zu dem Antrage veranlasst haben, sie in "**Königstraße**" umzubenennen, eine Anregung, der der Gemeinderat auch am 19. Februar des genannten Jahres stattgab. Der erwähnte Platz wurde ebenfalls nicht nach den ursprünglichen Plänen ausgestaltet, sondern ein an der Einmündung der Königstr. in die "**Langestraße**" (Dr.-Rud.-Friedr.-Str.) gelegener Platz vorgesehen und "**Königsplatz**" (Rosa-Luxemburg-Platz) genannt. In den Jahren 1875-80 änderten überhaupt viele Straßen ihre vielfach provisorischen Namen. So wurde auf Wunsch der Anwohner die "Dittrichstraße" zur "**Wilhelmstraße**", die nach Altfriedstein führende "Thienemann-Allee" zur "**Alleestraße**" (Ludw.-Richter-Allee). Ende der siebziger Jahre verschwand auch die Viehtriebe als Wegbezeichnung auf Niederlöbnitzer Gebiet. Diesen Namen trug die "**Herbigstraße**" (Kellereistr.). Ursprünglich wurde der ganze Straßenzug der Bahnhofstraße in Kötzschenbroda und der Moritzburger Str. Viehtriebe genannt, da auf diesem Wege die Kötzschenbrodaer Bauern ihr Vieh nach dem Buschgelände im Oberortsteil zur Hutung trieben. Gelegentlich wird der Weg auch "Neue Viehtriebe" genannt zum Unterschied von der "Alten Viehtriebe", der späteren "**Grenzstraße**" (Heinr.-Zille-Str.), die nach dem Kötzschenbrodaer Gehölz am Löbnitzgrund führte und auf der Oederkarte um 1600 den Namen "Der alte Viehweg" trägt. Die neue Viehtriebe verlief nicht im Zuge der heutigen oberen Moritzburger Str., sondern zweigte von dieser oberhalb der Winzerstraße ab und lief durch den Leimgrund bergwärts weiter. Zunächst wurde aus der Viehtriebe 1879 eine "**Forststraße**", 1924 eine "**Weinbergstraße**", dann 1935 eine "**Knollnstraße**" und schließlich die "**Herbigstraße**". Ein weiterer uralter Wegname, der des "Steinigtweges" vertauschte in den siebziger Jahren diesen mit der Bezeichnung "**Karlstraße**", genannt nach dem Anlieger Karl Barthel, der an der Ecke dieser und der "Mittleren Bergstraße", der späteren "**Winzerstraße**", eine Gaststätte, das "**Schweizerhaus**" besaß. Zwei heute vergessene Wegnamen erscheinen noch in den Akten der siebziger Jahre als offizielle Wegbezeichnungen, der des "Chemnitzgäßchens", aus dem eine spätere Zeit in Unkenntnis des Ursprungs des Namens, der vom alten Chemnitzberg abgeleitet worden war, einen "**Gemssteig**" *) machte. Auch ein "Schlütergäßchen" wird noch genannt, das, ein später eingezogener Privatweg, die Verbindung der Borstraße mit der Meißner Str. westlich der Zillerstr. herstellte. Die Gegend zwischen der "**Borngasse**" (Am Bornberg) und der Meißner Str. war 1878 noch nicht durch die "Horst-Wessel-Str." (Ludw.-Richter-Allee) und "Graf-von-Spee-Str." (Käthe-Kollwitz-Str.) erschlossen, nur ein

*) **Gemssteig**; ist nur noch von der oberen Finsteren Gasse zugänglich, der Zugang von der Oberen Bergstr. ist durch einen Garagenbau zugestellt.

schmaler Durchgang bestand dort, der 1879, um dieses Gelände der Bebauung zugänglich zu machen, als Privatstraße ausgebaut wurde. Der Gemeinderat machte die Erlaubnis dazu davon abhängig, daß eine neue Grenzregulierung zwischen Niederlößnitz und Kötzschenbroda damit verbunden werde, da durch die neue Straße auch Gelände der Nachbargemeinde verwertbar werde. 1878 taufte man das "Gäßchen hinter der Weintraube" zur "*Weintraubenstraße*", die in der Gemeinderatssitzung vom 12.04.1883 auf Antrag des an ihr ansässigen Hofrates Ernst von Schuch ihren heutigen Namen "*Schuchstraße*" erhielt.

Ein außerordentlich hartnäckiger Kampf wurde 1878 um einen besseren Fahrweg in den Lößnitzgrund ausgefochten. Bis dahin war der Lößnitzgrund für Fuhrwerke nur über den steilen "Münchberg", von Münchs Gastwirtschaft, dem späteren "Jägerhof", zu erreichen. Der Baumeister Ziller und einige andere Steinbruchbesitzer im Lößnitzgrunde regten den Ausbau eines schon bestehenden Privatweges als bequemere Zufahrtsstraße an, um den Lößnitzgrund besser zu erschließen. Dagegen wendete sich der Ortsverein unter Führung eines emeritierten Pfarrers Ahrendts in Zeitungsartikeln und Eingaben an die Regierung mit der Begründung, dass der Gemeinde Niederlößnitz durch diesen Straßenbau unverhältnismäßige finanzielle Lasten erwachsen würden. Die Angelegenheit beschäftigte sogar den sächsischen Landtag, der aber die Petitionen der Gegner des Bauprojektes abwies und den Straßenbau befürwortete. Schließlich ordnete die Regierung an, daß der Straßenbau umgehend in Angriff zu nehmen sei.

1877 errichtete man in Niederlößnitz eine **Gemeindesparkasse**, nachdem schon vorher ein privater Sparverein bestanden hatte. Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch das Vermögen der Gemeinde, das 11.181,90 Mark betrug. Aktien in der Höhe von 33.081,- Mark standen 21.900,- Mark Verpflichtungen gegenüber.

Bis 1874 wurden die **Bekanntmachungen der Gemeinde** auf dem Wege des Umlaufs veröffentlicht. Eine Mappe mit den amtlichen Schriftstücken ging von Haus zu Haus, blieb gelegentlich auch einmal in einem Haushalt liegen. Auf Verlangen einer Eingabe, die von 50 Einwohnern unterzeichnet war, ging man schließlich von dieser Art der Veröffentlichung ab, und erklärte das Ziegnersche Wochenblatt, das seit 10 Jahren bestand, zum Amtsblatt für Niederlößnitz.

Den ablehnenden Standpunkt, den die Gemeindeverwaltung bisher in der Feuerschutzangelegenheit eingenommen hatte, konnte diese bei der wachsenden Zahl der Häuser und Einwohner auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Deshalb beschloss der Gemeinderat 1882 die Anschaffung einer eigenen Spritze. Die Spritzenfabrik von Julius Müller in Döbeln wurde mit der Lieferung einer solchen beauftragt, die mit allem Zubehör 1.236,- Mark kostete. Damit wurde aber auch die Errichtung einer Feuerwehrt notwendig, die zunächst aus 16 Feuerwehrleuten und 2 Spritzenmeistern bestehen sollte. Die öffentliche Aufforderung zur freiwilligen Meldung zum Feuerschutzdienst war aber zunächst erfolglos. Erst 1884 liest man in den Niederschriften der Gemeinderatssitzungen, dass sich außer dem Spritzenmeister 11 Mann gemeldet haben. Sie waren die Urzelle der nachmaligen **Freiwilligen Feuerwehrt Niederlößnitz**. Neben diesen Feuerschutzmaßnahmen hatte die Feuersicherheit der Gemeinde durch den Bau einer privaten Wasserleitung durch die Baumeister Gebrüder Ziller eine wesentliche Steigerung erfahren. Diese Hochdruckleitung versorgte vornehmlich die Ostlößnitz und einen Teil von Niederlößnitz seit 1875 mit Leitungswasser. 1876 begann der Besitzer der Friedensburg, Moritz Gießmann, mit der Durchführung eines eigenartigen **Wasserleitungsprojektes**. Er wollte sich den Quellenreichtum des Buschgeländes nördlich des Berghanges zunutze machen und denselben durch einen Tunnel, der durch den Berg getrieben werden sollte, erschließen. Im September 1876 begann man nach eingehenden Vorarbeiten mit der Tunnelbohrung, die am 20. Juli 1878 vollendet wurde. Der Stollen hat eine Länge von 369 Meter, ist zwei Meter hoch und einen Meter breit und hat ein Gefälle von 1 : 180. Er nimmt in seinem Lauf zahlreiche Wasseradern auf. Gießmann beabsichtigte mit dieser Tunnelanlage eine Wasserleitung ohne kostspieligen Maschinenantrieb zu schaffen, mit der er nicht nur Niederlößnitz, sondern auch Kötzschenbroda mit Leitungswasser versorgen wollte. Erst am 01. Mai 1884 erhielt Gießmann vom Gemeinderat die Erlaubnis zum Einlegen von Wasserleitungsröhren in den Straßen. Dem Wasserbedarf des schnell wachsenden Ortes genügte indess die Gießmannsche Anlage nicht lange. 1890 musste die Gemeinde auf die Errichtung eines eigenen Wasserwerkes zukommen.

Das Jahr 1884 brachte der Gemeinde Niederlößnitz einen weiteren Fortschritt. Man führte die erste **öffentliche Straßenbeleuchtung** ein. Schon 10 Jahre vorher war im Gemeinderat der Antrag gestellt worden, einige Laternen an Straßenkreuzungen aufzustellen, der aber als unausführbar

abgelehnt wurde. Im August beschloss der Gemeinderat die Aufstellung von eisernen Kandelabern mit Hydrokarbonlampen und am 06. Dezember wurde die neue Einrichtung zum ersten Male in Betrieb genommen.

Mit der zunehmenden Einwohnerzahl des Ortes wächst auch die der Schulkinder. Das alte Schulhaus wird zu eng. 1883 tritt die Gemeinde Lindenau aus dem Schulverband aus und errichtet ein eigenes Schulhaus, zu dessen Bau Niederlößnitz 4.000,- Mark beiträgt. 1885 werden über 250 Kinder von zwei Lehrern in den Schulzimmern des alten Schulgebäudes unterrichtet. 1886 machte sich die Einrichtung einer dritten Schulklasse notwendig, zugleich auch die Anstellung eines dritten Lehrers. Bis zum Neubau eines neuen Schulgebäudes, der in der Sitzung des Schulvorstandes am 31.03.1886 beschlossen wird, muss die neue dritte Klasse interimistisch im Saale der Gastwirtschaft "*Zur Hoffnung*" (Lößnitzer Hof) untergebracht werden. Schon im April erfolgt die Grundsteinlegung zum **neuen Schulhaus** das von Baumeister Neumann errichtet wird. Am 01. November wird die neue Schule eingeweiht. Die Baukosten betragen 28.700,- Mark. Das alte Schulgebäude wurde zu Lehrerwohnungen umgebaut.

War in den vorhergehenden Jahrzehnten der Weinbau in Niederlößnitz durch die immer mehr fortschreitende Umwandlung der im Tale gelegenen Weinberge und Weingärten in Bauland mehr und mehr zurückgegangen, so brachten die Jahre 1886 bis 1892 den vollständigen Zusammenbruch des Jahrhunderte alten Weinbaues der gesamten Lößnitz durch die **Reblauskatastrophe**. Der aus Amerika eingeschleppte Schädling hatte den größten Teil der noch vorhandenen Weinkulturen ergriffen und man suchte sich seiner nach Kräften zu erwehren. Da aber alle Mittel zur Vernichtung der Reblaus sich als erfolglos erwiesen, ging die Regierung radikal vor und ordnete die völlige Ausrodung der befallenen Weinberge an. Man hackte die erkrankten Weinstöcke aus und verbrannte sie samt den Weinpfählen. Die infizierten Berge selbst durchtränkte man mit Petroleum und Schwefelkohlenstoff. Niederlößnitz verlor seinen Charakter als Weinort fast vollständig. Nur einige wenige Berge, u.a. der Böhmesche Eckberg von Wackerbarths Ruhe konnten ihren Rebenbestand über die Reblauszeit retten.

Auch die fiskalischen Weinberge der Hoflößnitz waren total verseucht. Die Regierung gab in denselben den Weinbau vollständig auf und ordnete den Verkauf derselben an. Zu den zur Hoflößnitz gehörigen Weinberge gehörte auch der auf Niederlößnitzer Gebiet liegende sogenannte Königliche Eckberg am Ostausgang der Oberen Bergstraße (Ob. Bergstr. 12 u. 14 und Terrassenstr. 1 u. 7) mit zwei Winzereien. Am 18. September 1889 wurde dieser letzte fiskalische Weinberg von Niederlößnitz, 4 Hektar 6,2 Ar groß, mit der Bedingung, dass auf seinem Gelände der Weinbau für alle Zeiten ausgeschlossen bleibe, in vier Parzellen geteilt, öffentlich versteigert.

1888 ging auch der Neufriedstein mit seinen drei Bergen, dem Wehlener, dem Schildberge und der Sandleite dem Weinbau verloren. Der damalige Besitzer Maximilian Schenk verkaufte zunächst den Mittelberg, den Wehlener mit dem Neufriedstein an den Landesverein zur Unterstützung verwaister und unversorgter Predigertöchter, der in dem Gebäude das **Pfarrtöchterheim** Neufriedstein einrichtete.

Die in den achtziger Jahren begonnene rasche Aufwärtsentwicklung des Ortes setzte sich im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrh. in verstärktem Maße fort. Die nahe Großstadt dehnte sich wie nach Osten, so auch nach Westen aus. Die Dörfer Pieschen und Trachenberge, Zwischenglieder Dresdens und der Lößnitz, gingen 1897 als erste der Westvororte im Verband Groß-Dresdens auf. Diese Expansionsbestrebungen der Hauptstadt wirkten sich auch auf die Lößnitzgemeinden in Verbindung mit den wesentlich besser gewordenen Verkehrsmöglichkeiten mit Dresden aus. Nieder- wie Oberlößnitz wurden mehr und mehr Wohngemeinden für Kreise, die ihren Lebensabend in der landschaftlich schönen und ruhigen Gegend verbringen oder, noch im Erwerbsleben stehend, sich täglich nach der beruflichen Tätigkeit dahin zurückziehen wollten. Von 1880 bis 1899 war die Einwohnerzahl von Niederlößnitz von 2130 auf 4244 gestiegen.

So charakterisieren die Jahre zwischen 1890 und 1900 rege Bautätigkeit in Niederlößnitz. Das Straßennetz entwickelte sich mehr und mehr. Die Felder und Weingärten in der Talflur verschwanden allmählich und machten Villen und ihren Gärten Platz.

Zu den schon in den achtziger Jahren vorhandenen Straßen sind die "*Carolastraße*" (Wilhelm-Busch-Str.), die "*Albertstraße*" (Käthe-Kollwitz-Str.), die "*Weststraße*" (Heinr.-Heine-Str.) und die

"Schweizerstraße" getreten. Die "Südstraße" (Horst-Vieth-Str.) entsteht aus der alten Nieschegasse und erhält in ihrem unteren Teil ihre jetzige Führung, die sie nicht mehr in die Moritzburger Str., sondern in die die "Grenzstr." (Heinr.-Zille-Str.) einmünden lässt. Die "Hohe Str." und die "Blumenstraße" erhalten in der Gemeindeverordnetensitzung vom 03. September 1891 ihren Namen. Die "Kaiserstraße" (Th.-Mann-Str.) wird vom Grundbesitzer Teske, der mit diesem Teile von Niederlößnitz große Pläne vor hatte, projektiert. Welche Absichten Teske für sein Areal hegte und welche Entwicklung er für diesen Teil von Niederlößnitz erwartete, geht auch daraus hervor, dass er an der Kreuzung der geplanten Kaiser- und der Königstraße ein **Denkmal Wilhelm I.** auf seine Kosten errichtete und es der Gemeinde schenkte. Anscheinend wollte er dadurch diese Gegend zum Mittelpunkt des Ortes machen, die Gemeindevertretung hingegen wollte das Zentrum des Ortes vom Königsplatz betont wissen und unterstützte die Teskeschen Pläne nicht. Das fand auch seinen Ausdruck darin, dass der Gemeinderat seinerseits in der Sitzung vom 25. August 1892 eine offizielle Feier der Denkmalsenthüllung ablehnte und diese Teske überließ. Das künstlerisch wertlose Denkmal ist 1938 bei Ausbau des östlichen Teiles der Königstr. als verkehrsstörend beseitigt und nur die Kaiserfigur ist ohne den geschmacklosen Zierrat der schildhaltenden Löwen, die dem Denkmal im Volksmund den Namen "**Pudeldenkmal**" eingetragen, in den Anlagen des Königsplatzes aufgestellt worden. Im 9. Jahrzehnt des 19. Jahrh. entstanden 1893 die "**Mathildenstraße**" (Bodelschwinghstr), ferner die von Heinrich Völkel ausgebaute "**Heinrichstraße**". Der von Teske ausgebaute Südteil der Kaiserstraße erhielt seinen Namen in der Gemeinderatssitzung vom 29. August 1892. 1894 entstand die "**Humboldtstr.**", 1895 die "**Bismarckstraße**" (Dr.-Wilh.-Külz-Str.). 1898 erhielt der zwischen der Weintraube und der Zillerstraße bestehende Privatweg auf Ansuchen des an ihm wohnenden Direktors des Dresdner Körner-Museums, Dr. Peschel, den Namen "**Körnerweg**", Im gleichen Jahre entstand die Wegbezeichnung "**Neufriedstein**", die bis dahin "Auf den Bergen" hieß. 1899 wurde die "**Rennerbergstraße**" als Entlastungsstraße der Paradiesstraße gebaut. Ihre Führung über einen einer Familie Renner gehörigen Weinberg gab ihr den Namen.

Die immer umfangreicher werdenden Geschäfte der Gemeindeverwaltung führten in jener Zeit der starken Entwicklung des Ortes zwei schwerwiegende, für den Ort den Abschluss einer Periode bedeutende Beschlüsse herbei. Der eine war, dass der Gemeinderat am 04. August 1890 die **Berufsmäßigkeit des Gemeindevorstandes**, des Gemeindekassierers und des Polizeibeamten beschloss. Ein zweiter Beschluss der Gemeindeverordneten war, für die Gemeindeverwaltung, die bisher in Mieträumen untergebracht war, ein **Rathaus** zu bauen.

Am 28. Januar 1892 wird zum ersten Mal in einer Sitzung des Gemeinderates der Rathausplan erwähnt schon 1890 hatte man das Gelände des Königsplatzes durch Kauf von Land des Grundbesitzers Stadtrat Liebe vergrößert, von dem nun auch der Bauplatz für das Rathaus für 8.300,- Mark erworben wurde. Baumeister Neumann aus Niederlößnitz wurde die Anfertigung von Zeichnungen des Baues übertragen. Die Angelegenheit zog sich aber weit länger hin, als zunächst angenommen. Zunächst verschob man am 15. Dezember den Bau aus nicht erkennbaren Gründen um ein Jahr. Als man dann am 09. Dezember 1893 nochmals im Kollegium über das Bauvorhaben abstimmte, fand dasselbe nur eine Mehrheit von einer Stimme. Sieben Ratsmitglieder waren für den Rathausbau, sechs dagegen. Am 08. März 1894 schrieb man den Bau aus. Die Baufirma Neumann aus Niederlößnitz, Mühlberg aus Dresden, Große aus Kötzschenbroda und Eisold aus Serkowitz reichten daraufhin ihre Bewerbungen ein. In der Sitzung vom 10. Mai 1894 übertrug der Gemeinderat Baumeister Neumann die Bauausführung, nachdem man in gleicher Sitzung zur Beschaffung des Baukapitals eine Anleihe von 70.000,- Mark aufzunehmen beschlossen hatte. Anfang 1895 war das neue **Rathaus** soweit bezugsfertig, dass man am 04. April die erste Sitzung der Gemeindeverordneten im Saale desselben abhalten konnte. Das neue Gebäude wurde, entsprechend des Beschlusses vom 21. März, ohne jeden Festakt in Gebrauch genommen. Mit der Fertigstellung des Rathauses änderte auch die naheliegende Gaststätte "**Feldschlößchen**" ihren Namen und nannte sich fortan "**Ratskeller Niederlößnitz**".

Der Gemeindevorstand Petz, der seit 20 Jahren die Verwaltungsgeschäfte führte und der nach dem Beschluss vom 04. August 1890 der erste berufsmäßige Gemeindevorstand von Niederlößnitz wurde, ist nicht mit in das neue Rathaus eingezogen. Kurz nachdem der Plan des Rathausbaues aufgetaucht war, im Juli 1892, kündigte Petz, der in seinem Privatberuf Photograph war, dem Gemeinderate seinen Rücktritt an, der in der Sitzung vom 18. Juli angenommen wurde. Das Gemeindeamt befand sich während der Amtszeit von Petz in dessen Grundstück Borstraße 43.

Für die freigewordene Stelle des Gemeindevorstandes meldeten sich 9 Bewerber, aus denen drei, nämlich der ortsansässige Jurist Dr. Teichmann, der ebenfalls in Niederlößnitz wohnende Schriftsteller Moritz Lilie, der dem Gemeinderat angehörte, ferner der Dresdner Ratsvollzieher Herz zur engeren Wahl ausgesucht wurden. In der Sitzung vom 25. August 1892 wählte man Max Herz als Gemeindevorstand, der am 22. November verpflichtet wurde.

Die Amtszeit des Gemeindevorstandes Petz wurde in den letzten Jahren noch durch eine wichtige kulturelle Errungenschaft besonders betont. Das **Wasserwerk** Niederlößnitz in der damaligen "*Friederichstraße*" (Am Jacobstein), das für die gesamte Westlößnitz von großer Bedeutung werden sollte, wurde errichtet. Am 30. Mai 1890 wurde das noch kleine kommunale Wasserwerk von der Gemeinde übernommen. Als erster Leiter wurde ein Hauptmann Otto Steinkopf angestellt und für denselben in der Sitzung vom 25. Mai 1890 ein Anfangsgehalt von jährlich 1.000,- Mark ausgeworfen. Die erste Maschinenanlage, die mit Dampf betrieben wurde, lieferte die Maschinenfabrik "Kette" in Übigau, Lange genügte jedoch die kleine Anlage der Wasserversorgung der Gemeinde nicht, da auch Kötzschenbroda sein Trinkwasser von dort bezog und fünf Jahre später auch Naundorf sich an das Wasserwerk anschließen ließ.

Am 10. Mai 1894 entschloss sich der Gemeinderat, gleichzeitig mit der Anleihe für den Rathausbau eine weitere in Höhe von 90.000,- Mark für die Vergrößerung des Wasserwerkes aufzunehmen.

1890 trug sich der Gemeinderat mit einem für die damalige Zeit hochmodernen Plane, der erst sechs Jahre später verwirklicht werden sollte. Man wollte elektrische Straßenbeleuchtung einführen. Das geht aus dem ablehnenden Standpunkt hervor, den die Gemeindeverordneten einnahmen, als Kötzschenbroda an seine Nachbargemeinde wegen der eventuellen Beteiligung an der Errichtung eines Gaswerkes herantrat. Man wolle davon in Niederlößnitz nichts wissen und begründete den ablehnenden Bescheid damit, dass der Gemeinde "günstige Offerten für die Einführung elektrischer Beleuchtung vorlägen". Trotzdem erteilte man die Genehmigung zum Einlegen von Gasröhren in die Ortsstraßen, um Privatleuten die Abnahme von Koch- und Leuchtgas zu ermöglichen.

Drei Jahre später, am 15. November 1894, erteilte man dem Kummer-Werk in Niederlößnitz die Konzession für die Lieferung von elektrischer Energie in der Gemeinde mit dem weitsichtlichen Vorbehalt, dass nach 30 Jahren das Werk in den Besitz der Gemeinde übergehen solle. Die Entwicklung, die die Verhältnisse des Kummer-Werkes in den nächsten Jahren nahmen, sollte das Werk im Lößnitzgrund der Gemeinde bzw. einem vom Gemeindevorstand Herz mit dem Radebeuler Vorstand Werner ins Leben gerufenen Gemeindeverband schon viel früher zuführen.

Das Kammersche Elektrizitätswerk, das am 01. Januar 1896 in Betrieb genommen wurde, versorgte durch eigene Maschinenanlagen von insgesamt 500 PS und 340 KW-Leistung zunächst die Gemeinden Niederlößnitz, Radebeul, Oberlößnitz, das damals noch selbständige Serkowitz und einen kleinen Teil von Kötzschenbroda mit Strom. Niederlößnitz wollte ursprünglich seine Straßen durch 40 Bogenlampen beleuchten, schließlich blieb es bei 25 bzw. 32-kerzigen Glühlampen.

Ein bezeichnendes Bild des ewigen Kleinkrieges zwischen Niederlößnitz und Kötzschenbroda gibt das Sitzungsprotokoll vom 03. Oktober 1895. Es handelt sich da um die Aufstellung von Masten für die elektrischen Leitungen in der Grenzstraße, wobei Kötzschenbrodaer Gebiet in Frage kam. Kötzschenbroda machte dabei Schwierigkeiten. Der Gemeinderat beschließt daher, dem von Kötzschenbroda mitzuteilen, dass man sich laut Grenzstraßenregulativ zwar zur Aufstellung der fraglichen Masten berechtigt halte, man werde aber der Fa. Kummer anheim geben, "auf Abgabe von Strom an Private zu verzichten auf Strecken, wo auf Straßen hüben und drüben Kötzschenbroda angrenzt".

Das 19. Jahrhundert schloss mit einer für das Gemeindeleben wichtigen Neuerung ab: Am 22. Juni 1899 wurde die erste *öffentliche Gemeinderatssitzung* abgehalten. Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Eröffnung der *Elektrischen Straßenbahnlinie* bis Kötzschenbroda. Damit ging ein von allen Lößnitzorten langgehegter Wunsch in Erfüllung. Eine der ersten Anregungen zum Bau dieser für die weitere Entwicklung der gesamten Lößnitz wichtigen Straßenbahnlinie gab schon 1894 der Gemeinnützige Verein mit dem Ersuchen an den Gemeinderat, eine von ihm beabsichtigte, darauf bezügliche Eingabe an den Landtag zu unterstützen.

Das 20. Jahrhundert

Das 20. Jahrhundert brachte in den ersten Jahren die Zerschlagung eines weiteren alten Weinbergbesitzes, durch die das Ortsbild westlich der Moritzburger Str. wesentlich verändert wurde. Die Baufirma Schilling & Gräbner hatte das Altfriedsteingelände erworben und erschloss es zur Bebauung. Das alte Brühische Herrenhaus wurde seines westlichen Flügels beraubt, die Alleestraße, Lamsbachstraße und Brühlstraße ausgebaut und am 03. April 1903 von der Gemeinde übernommen. Ein Jahr später erhielten acht neue Straßen ihre bzw. neue Namen. Von neugebauten Straßen des Altfriedsteingeländes wurden die *"Lindenaustraße"*, die *"Brühlstraße"*, die *"Lamsbachstraße"* und die *"Alleestraße"* in ihrem oberen neuen Teile, die bis dahin nur als Planstraßen geführt wurden, benannt. Gleichzeitig erhielt der Schluchtweg nach der Friedensburg auf Anregung des Gemeindeältesten Neumann den Namen *"Burgstraße"*. Die nach ihrem Erbauer provisorisch Kühne-Straße genannte, auf dem Gelände der ehemaligen Königlichen Eckberge errichtete neue Straße wurde mit dem Namen *"Terrassenstraße"* belegt. Zwei alte Straßen, die Mittlere und Obere Bergstraße mussten ihre Namen ändern. Veranlasst wurde der Namenwechsel durch einen Beschluss der vereinigten Bauausschüsse der Löbnitzortschaften, gleich lautende Straßenbezeichnungen in den einzelnen Orten abzuändern, um Verwechslungen zu vermeiden. Für die Obere Bergstr. einigte man sich schnell auf den Namen *"Hohenzollemstraße"*. Mehr Umstände machte die Umbenennung der Mittleren Bergstraße. Es waren dafür die Namen Markgrafenstraße, Sachsenstraße und Mittelstraße vorgeschlagen worden. Merkwürdigerweise kam man nicht auf den Namen einer Wettinstraße, der, da die Obere Bergstr. Hohenzollernstr. genannt wurde, ziemlich nahe gelegen hätte. Man einigte sich schließlich auf Sachsenstraße. Aber auch diese Bezeichnung war keine endgültige. Aus Gründen, die in den Akten nicht zu ersehen sind, hob man den einstimmig beschlossenen Namen wieder auf und nannte die Straße *"Winzerstraße"*. Am 01. Januar 1905 wurden die neuen Straßennamen offiziell eingeführt. In der Hohenzollernstr. ging bei dieser Straßenumtaufe auch der letzte Rest der alten Viehtriebe auf, der Teil, der von der Weinbergstraße nach dem Leimgrund führte. Der uralte Viehtrieb-Name, volksmundlich *"Viebg"* genannt, verschwindet seitdem vollständig aus den Gemeindeakten, in denen er bis dahin ab und zu immer einmal auftauchte.

Wenige Jahre nach der Inbetriebnahme des Elektrizitätswerkes geriet die Kummer & Co. A.G. in Zahlungsschwierigkeiten. Das Elektrizitätswerk Niederlöbnitz wurde mit anderen Vermögenswerten derselben zum Verkauf gestellt und kam im Sommer 1902 nach langwierigen Verhandlungen in den Besitz des von den Gemeindevorständen Herz, Niederlöbnitz und Werner, Radebeul ins Leben gerufenen Gemeindeverbandes, zu dem sich die Orte Niederlöbnitz, Oberlöbnitz, Radebeul und Serkowitz zusammengeschlossen hatten. In der geheimen Sitzung des Gemeinderates vom 12. Dezember 1901 machte Gemeindevorstand Herz dem Kollegium die Mitteilung, dass das Werk am gleichen Tage den *"Obligationären"* zugeschlagen worden sei. In der gleichen Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 350.000,- Mark genehmigt. Am 18. April wurde der Erwerb grundbuchamtlich eingetragen. Am 13. November wurde der Ingenieur Camozzi zum Leiter des neuen Gemeindeverbandes gewählt.

In den ersten Jahren des beginnenden 20. Jahrh. fallen auch die ersten Äußerungen, die auf die Errichtung einer höheren Schule in der Löbnitz hinzielen. Am 31. Juli 1902 wird zum ersten Male diese Frage offiziell im Gemeinderat Niederlöbnitz behandelt. Niederlöbnitz nahm zunächst einen abwartenden Standpunkt ein, was die Kommission für eine höhere Schule 1910 veranlasste, dem Gemeinderat mitzuteilen, dass Niederlöbnitzer Schüler in letzter Linie in die projektierte Schule aufgenommen werden würden. Erst 1914 trat Niederlöbnitz in den Gemeindeverband für das Realgymnasium ein (Sitzung vom 19. Februar 1914).

1903 wurde wieder einmal der Gedanke einer Vereinigung von Niederlöbnitz mit Kötzschenbroda akut. Dieser Gedanke ist weder vor noch nach 1903 vollständig zur Ruhe gekommen. Die vielfachen gemeinsamen Interessen trieben auf einen Zusammenschluss hin und die Vereinigungsfrage hat stets ihre eifrigen Verfechter wie ebenso eifrige Gegner gefunden. So war es auch 1903, als am 19. November wegen eines Zusammenschlusses beider Gemeinden von Kötzschenbroda aus sondiert wurde. In der darüber entscheidenden Sitzung der Niederlöbnitzer Gemeindeverordneten ergab sich die Stimmengleichheit von je 6 Stimmen für und wider den Zusammenschluss. Der Vorsitzende des Kollegiums, der Gemeindeälteste Ranft, gab jedoch sein

Votum gegen den Anschluss der Gemeinde an Kötzschenbroda ab und damit war derselbe wieder abgelehnt.

1904 tauchte ein neuer Vereinigungsplan auf. Diesmal war es die Gemeinde Serkowitz, die eine Vereinigung sämtlicher Lößnitzgemeinden anregte. Am 04. Februar 1904 wurde beschlossen, dem Gemeinderat von Serkowitz mitzuteilen, dass Niederlößnitz geneigt sei, in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten mit dem Vorbehalt, dass man trotzdem die Unterhandlungen mit Kötzschenbroda wegen eines Zusammenschlusses nicht unterbrechen werde. Behielt man so den Gedanken eines Zusammenschlusses in der oder jener Form immer im Auge, so war man andererseits aber auch eifrig bemüht, für Niederlößnitz aus den Zeitumständen herauszuschlagen, was herauszuschlagen war. Als die Abtrennung der Lößnitzortschaften vom Amtsgerichtsbezirk Dresden im Justizministerium erwogen wurde, versuchte man das neue Amtsgericht nach Niederlößnitz zu bringen. Man richtete eine Eingabe in diesem Sinne an die Regierung und wurde sich auch schlüssig, den Bauplatz für das Amtsgericht kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Am 01. Dezember 1903 verstarb nach längerer Krankheit der verdienstvolle Gemeindevorstand Herz im Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt. Der Posten wurde zur Bewerbung ausgeschrieben und am 03. März 1904 stellte der Gemeinderat die Bürgermeister Berghändler und Hackebeil sowie den Stadtsekretär Hans aus Döbeln zur engeren Wahl. Am 03. März wurde der Bürgermeister Hackebeil aus Gottleuba mit Stimmenmehrheit gewählt. Hackebeil machte seine sofortige Anstellung auf 12 Jahre zur Bedingung der Annahme der Wahl, die auch gewährt wurde. Trotzdem verzichtete der Gewählte in einer Mitteilung vom 31. März auf die Berufung.

Daraufhin wählte der Gemeinderat am 14. April den Stadtsekretär Hans einstimmig zum Gemeindevorstand, der die Wahl annahm und am 21. Mai verpflichtet wurde.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Gemeindevorstandes, der berufen war, 20 Jahre später die Vereinigung von Niederlößnitz und Kötzschenbroda durchzuführen und erster Bürgermeister der neuen Stadtgemeinde zu werden, war die Unterzeichnung des Protokolls der Gemeindeverordnetenversammlung vom 28. Mai 1904, in der die Vereinigung mit Kötzschenbroda wieder einmal "endgültig" abgelehnt wurde. Die Niederschrift dieser geheimen Sitzung besagt u.a.: "Im übrigen erscheint eine Vereinigung mit Kötzschenbroda zur Zeit nicht durchführbar, weil der Entwurf zum neuen Gemeindesteuergesetz noch nicht erledigt ist und die nach den geschaffenen Unterlagen ersichtlichen, von Kötzschenbroda gebotenen Vorteile durch die Nachteile überwogen werden".

Die Amtszeit des letzten Gemeindevorstandes von Niederlößnitz war in ihrer ersten Hälfte der ruhigen, gedeihlichen Verwaltung des Ortes gewidmet. Das von Hans Vorgängern Petz und Herz Geschaffene konnte ausgebaut werden. Im Wesentlichen war die Entwicklung des Ortes abgeschlossen. Niederlößnitz hatte den Charakter eines ausgesprochenen Villenortes, der ihm von allen Anfang an aufgeprägt worden war, beibehalten und im Laufe der Zeit weiter entfaltet. Mit Vorbedacht hatte man jeden industriellen Einschlag ausgeschaltet und auch das Geschäftsleben war in der Hauptsache bei Kötzschenbroda verblieben. Die wirtschaftlichen Verknüpfungen mit demselben waren noch stärker geworden und die gemeinsamen Interessen noch vielseitiger.

1906 gab sich der Ort eine **neue Gemeindeverfassung**, nach der der Verwaltungskörper in den Gemeindevorstand und drei Gemeindeälteste einerseits und in ein Gremium von 11 Gemeindeverordneten andererseits gegliedert wurde.

Mancherlei Wünsche, die erst in späterer Zeit ihre Erfüllung fanden, tauchten in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts auf. So hatte man in der Lößnitz schon lange empfunden, dass die Führung der Straßenbahn nur bis Kötzschenbroda nicht den Bedürfnissen der Lößnitzortschaften entsprach. Aus dieser Einsicht heraus entstand auch 1907 die Anregung zu einer Petition an den Landtag, in der eine *Weiterführung der Lößnitzbahn* bis Coswig gewünscht wurde. Man begegnete damit den Wünschen von Meißen, die noch weiter gingen und die Fortführung der Straßenbahnlinie bis Meißen anregten. Zwei Monate nach der ersten Eingabe an den Landtag, am 21. November 1907, beschloss der Gemeinderat, das Meißner Gesuch zu unterstützen. Ein weiterer Wunsch, zu dessen Sprecher sich Niederlößnitz in einer Petition vom 02. Juli 1908 machte, war der *Umbau der schmalspurigen Straßenbahn in Normalspur*. Das Umsteigen in Mickten aus der Dresdner Linie in die Lößnitzbahn und das unruhige Fahren der schmalspurigen Wagen, das der Bahn den Spottnamen "Lößnitzschaukel" eingetragen hatte, hatten diesen Wunsch gezeitigt.

1907 wurde in Niederlößnitz noch ein anderes großzügiges Projekt angeschnitten. Der Gemeindeälteste Hirschberg stellte eine Anregung zur Aussprache, einen gemeinsamen *Schlachthof für alle Lößnitzgemeinden* zu errichten. Dieser weitausschauende Plan, der die Orte der Lößnitz in einem wesentlichen Punkte von Dresden unabhängig gemacht hätte, wurde aber von Niederlößnitz als verfrüht abgelehnt.

Aus dem Jahre 1908 stammt auch der Name der **"Friedrich-August-Höhe"** in den alten Kerbenbergen, jenes Aussichtspunktes, den die Gemeinde geschaffen und der anlässlich eines Besuches des damaligen Königs seinen Namen erhielt.

Am Schluss des ersten Jahrzehntes des laufenden Jahrhunderts wurde von Niederlößnitz aus ein Gedanke verwirklicht, der, schon lange in der Luft liegend, endlich in die Tat umgesetzt wurde. Der **Waldpark** wurde geschaffen. Schon seit 1907 trat Generalleutnant Sachse, der eifrigste Verfechter des Waldparkgedankens, und mit ihm Oberstleutnant von Hartmann und Privatus Franz Oswald mit einem öffentlichen Aufruf an die Bewohner von Niederlößnitz warm für die Errichtung einer öffentlichen Parkanlage ein. Die Gemeinde Niederlößnitz hatte allerdings in ihrem eigenen beschränkten Flurbereich nichts, was die Verwirklichung des Gedankens unterstützen bzw. eine Grundlage für einen solchen Park hätte bieten können. Aber an der Nordgrenze des Ortes auf Kötzschenbrodaer Flur lagen die Waldbestände der alten "Leupe", die von der Natur wie zur Errichtung eines öffentlichen Parkes wie geschaffen waren. So stellt jener Aufruf vom Juni 1907 fest, dass die geplante Parkanlage "nur in der Zone zwischen Höhenweg und Leimgrund gedacht werden könne".

Die Errichtung des Waldparkes wurde dadurch wesentlich erleichtert, dass der Kammerherr von Minckwitz seinen in jenem Gelände gelegenen Grundbesitz dazu zur Verfügung stellte. Nach der Stiftungsurkunde vom 28. Januar 1910 überließ er mit Vorbehalt des Eigentums auf Lebenszeit der Waldparkstiftung ein Areal von 32060 Quadratmetern unentgeltlich zur Benutzung mit der Bestimmung, dass dasselbe nach seinem Tode Eigentum der Waldparkstiftung werden solle. Diese Landabtretung umfasste in der Hauptsache das zwischen dem Kiesgrubenweg und dem nach dem Konzertplatz führenden Weg gelegenen Wiesengelände sowie die große Buschwiesenparzelle südlich dieses Weges. Neben dieser Landstiftung wurden auch wesentliche Geldmittel von verschiedenen Seiten zur Verfügung gestellt, so dass in der Gründungsurkunde vom 25. August 1910, die am 13. Dezember desselben Jahres vom Ministerium bestätigt wurde, ein bares Stiftungskapital von rund 12.000,- Mark und Liegenschaften im Werte von 7.200,- Mark verzeichnet werden konnten. Die Verwaltung der Stiftung wurde einem Kuratorium übertragen, dem der jeweilige Gemeindevorstand von Niederlößnitz in erster Linie anzugehören hatte. Neben diesem Kuratorium wurde eine Parkkommission eingesetzt, der außer dem Stiftungsvorstand auch drei Mitglieder des Gemeinderates von Kötzschenbroda angehörten "solange die Gemeinde Kötzschenbroda die ihr gehörigen Grundstücke für den Waldpark zur Verfügung stellt". Dabei handelte es sich um die rund 25300 qm große Parzelle zwischen der Moritzburger Str. und dem Leimgrundweg, über die die alte Kötzschenbrodaer Viehtriebe geführt hatte. Auch die Gemeinde Niederlößnitz stellte 36670 qm Eigentums Gelände zur Verfügung, das auch im Kötzschenbrodaer Flurbereich lag. Zukäufe von Parzellen aus Privatbesitz und pachtweise Überlassung von Waldgelände vergrößerten den Flächeninhalt des Waldparkes immer mehr und nach dem Jahresbericht von 1928 umfasste derselbe 175739 qm.. Damit war der Waldpark in der Hauptsache ausgebaut und die Arbeit des Kuratoriums und der Waldparkkommission nunmehr nur noch auf die Erhaltung des Geschaffenen gerichtet.

Der Ausbruch des **I. Weltkrieges** unterbrach die gedeihliche Weiterentwicklung des Gemeindegewesens. Am 17. August 1914 bewilligte der Gemeinderat zunächst 5.000,- Mark für Kriegsbedürfnisse aus dem Reservefond. 1915 wurde in der Gemeinde eine Wollsachen- und eine Metallsammlung mit gutem Erfolg durchgeführt.

In demselben Jahr wurde noch der **Wasserturm** hinter der Friedrich-August-Höhe unter Verwendung der Arbeitskraft französischer Kriegsgefangener erbaut, der die oberen Ortsteile der Verbandsgemeinden mit Leitungswasser versorgt.

Je länger der Krieg dauerte, umso zahlreicher traten die aus den Kriegsläufen und der Blockade erwachsenden Pflichten der Versorgung der Einwohnerschaft mit Lebensbedürfnissen an die Gemeindeverwaltung heran. Im Juni 1916 wurde eine Kriegsküche für Schulkinder eingerichtet, die dem Wirt des Ratskellers übertragen wurde. Es wurden Mahlzeiten für 30 Pfennig an die Kinder,

die sich zur Teilnahme meldeten, ausgegeben. Bedürftige erhielten in ganzen und halben Freistellen das Essen für 10 bzw. 20 Pfennig. Frauen und junge Mädchen stellten sich als Hilfskräfte dazu zur Verfügung. Man verteilte Auslandsbutter, deren Ausgabe, da sich im Kleinhandel allerlei Unzuträglichkeiten dabei herausgestellt hatten, durch die Gemeindeverwaltung zum Selbstkostenpreise erfolgte. Gemeinsam mit Kötzschenbroda richtete man eine Kriegsnähstube ein.

Zur Versorgung des Feldheeres und der Marine wurde in der Polizeiwache eine Sammelstelle für Weihnachtsgeschenke eingerichtet. Papiermangel Gemeindeakten. Talg aus gewerblichen Schlachtungen von Schafen und Rindern musste erforderte die Makulierung überflüssiger auf Anordnung der Amtshauptmannschaft vom Oktober 1916 ab abgeliefert werden. Im Schloss Niederlöbnitz entstand ein Militärgenesungsheim. Hatte man noch 1916 über die Obsternte in der Gemeinde verfügen können, so musste sie von 1917 an Sammelstellen abgeliefert werden, und die Verbraucher wurden mit fremdem Obst unbefriedigend beliefert. Auch über die Fleischversorgung wurde von der Gemeindeverwaltung bei dem Ministerium Klage geführt und auf die bessere Versorgung von Dresden hingewiesen. Das vom Landesernährungsamte der Gemeinde zugewiesene Muschelfleisch fand in der Einwohnerschaft wenig Anklang. In der Gemeinderatssitzung vom 29. Juni wurde lebhaft gegen die zwangsweise Abnahme desselben durch die Gemeinden protestiert.

1916 hatte der Fabrikant Dr. Tiedemann **Wackerbarth s Ruhe** gekauft. 1917 baute der neue Besitzer das Herrenhaus des Weingutes nach den noch vorhandenen Bauplänen von 1727/29 wieder um und stellte den ursprünglichen Zustand des Hauses wieder her. Zugleich wurde von Tiedemann die östliche, als öffentlicher Weg bestehende Lindenallee des Grundstücks eingezogen und dafür als Verbindungsstraße der Meißner- und der Friedrichstraße (Am Jacobstein) die derzeitige "Wackerbarthstraße" hergestellt.

Die Novemberereignisse des Jahres **1918** spiegeln sich im Gemeinderat von Niederlöbnitz in der Mitteilung des Gemeindevorstandes Hans in der Sitzung vom 28. November wieder, dass die Neugestaltung des sächsischen Staatswesens durch die Bildung des vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden vollzogen worden sei und dass an alle Dienststellen die Aufforderung ergangen sei, weiterzuarbeiten. Am 14. November wurde die Gemeinde unter die Kontrolle des **Arbeiter- und Soldatenrates der Löbnitzortschaften** gestellt.

Am Ende des Weltkrieges beklagte die Gemeinde 92 Gefallene, die auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen geblieben waren.

Am 19. Januar **1919** fanden in Deutschland die **Wahlen zur Nationalversammlung** statt. In Niederlöbnitz wurden dabei 846 Stimmen für die Deutschnationalen, 761 Stimmen für die Demokraten, 672 für die Sozialdemokratie abgegeben. Die Deutschdemokraten erhielten 413 und die Unabhängigen Sozialdemokraten 47 Stimmen. Ähnlich war das Wahlergebnis bei den einige Wochen später durchgeführten Wahlen zur sächsischen Volkskammer, bei denen 843 Wähler für die Deutschnationalen, 642 für die Deutsche Volkspartei, 495 für die Sozialdemokraten und 379 für die Demokraten ihre Stimmen abgaben. Die USPD erhielt 50 Stimmen. In der Gemeinderatswahl im Februar wurden 1357 bürgerliche Stimmen, 493 für die sogenannte Mieterpartei und 325 von Sozialdemokraten abgegeben.

Im April kam es in Dresden zu spartakistischen Unruhen, die zur Ermordung des sozialdemokratischen Kriegsministers Neuring führten. Die Regierung forderte deshalb zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen an, von denen Kontingente auch in den Löbnitzortschaften einquartiert wurden. Am 14. April wurde im Freistaat Sachsen der Belagerungszustand erklärt. Wie 1849 mussten auch 1919 alle im Privatbesitz befindlichen Waffen abgeliefert werden. Das Militär erhielt Befehl, bei verdächtigen Personen Haussuchungen vorzunehmen. Auch in Niederlöbnitz wurden Haussuchungen bei Anhängern der USP durchgeführt.

Die zunehmenden Raubüberfälle, Einbrüche und Diebstähle machten im Verlaufe des Jahres die Errichtung einer Einwohnerwehr notwendig, die durch nächtliche Streifen für die Sicherheit der Einwohner sorgte.

Die Besetzung des Saar-Kohlreviers und Oberschlesiens und Streiks und Unruhen in den übrigen Kohlenbezirken steigerte die bestehende Kohlennot in katastrophalem Maße. Das Niederlöbnitzer Elektrizitätswerk erhielt statt der monatlich für den Betrieb erforderlichen 2200 Tonnen

Kohle oft nur ein Viertel dieser Menge. Die Stromerzeugung geriet ins Stocken. Kraftstrom konnte zeitweise überhaupt nicht, Lichtstrom nur im beschränkten Maße während der frühen Morgenstunden und einiger wenigen Stunden nach Eintritt der Dunkelheit abgegeben werden. Die vom Niederlößnitzer Elektrizitätswerk mit Betriebsstrom versorgte Lößnitz-Straßenbahn war dadurch zu einschneidenden Verkehrseinschränkungen gezwungen. Katastrophal wurden die Verkehrsverhältnisse, als die Reichsbahn wegen Kohlemangel und um den lebensnotwendigen Güterverkehr aufrechterhalten zu können, den gesamten Personenverkehr vom 05. bis 15. November stilllegte. Wie das Elektrizitätswerk, war auch das Gaswerk Kötzschenbroda zu starken Einschränkungen der Gaslieferung gezwungen.

In Niederlößnitz hatte sich ein von der Gemeindeverwaltung unabhängiger **Ausschuß zur Sicherung der Volksernährung** gebildet, dessen Vorsitzender der praktische Arzt Dr. med. Oeder, Besitzer einer Diät-Heilanstalt (s. Dr. Oeders Kuranstalt), war. Dieser Ausschuss machte durch Eingaben an die Regierung und an die Volkskammer stark von sich reden. In diesen Petitionen wurde behauptet, dass schon 1918 ein Niederlößnitzer Einwohner Thomas am Hungertod gestorben sei und dass weitere 28 Personen nahe an demselben wären. Der Ausschuss forderte zusätzliche Nahrungsmittelzuteilungen an die Gefährdeten. Von Seiten der Regierung wurden die Angaben der Petition des Niederlößnitzer Ernährungsausschusses bestritten. Der Volkskammerausschuss ließ deshalb die Eingaben auf sich beruhen. Bestritten wurde auch die Behauptung, dass Niederlößnitz in der Zuteilung der bewirtschafteten Nahrungsmittel gegenüber anderen Gemeinden benachteiligt werde *).

Die Zusammensetzung der Niederlößnitzer Einwohnerschaft, das Überwiegen älterer Personen und kinderloser Familien der Ruheständler und Pensionäre hatte schon in der Kriegszeit durch die Zuteilung der Nahrungsmittel in gleichmäßigen Rationen ohne Rücksicht des Alters dazu geführt, dass kinderreiche Familien im Verhältnis zu kinderlosen insofern besser gestellt waren, als sie den Kindern über deren Bedarf zugeteilten Lebensmittelmengen den erwachsenen Familienangehörigen zugute kamen. Das wurde zwar vom Wirtschaftsministerium "bis zu einem gewissen Grade" anerkannt, aber nicht als so bedeutungsvoll angesehen, dass dadurch eine besondere Belieferung von Niederlößnitz mit Nahrungsmitteln gerechtfertigt sei. Dieser ablehnende Standpunkt erregte viel Unzufriedenheit. Eine spätere Änderung des Landesverteilungsschlüssels für die Lebensmittel behob diesen Missstand teilweise. Große Erregung rief eine Anordnung des Landeslebensmittelamtes hervor, die die Beschlagnahme der auf die Kartoffelkarten bezogenen Kartoffelvorräte bei den Verbrauchern verfügte. Die wöchentliche Kartoffelration wurde auf 5 Pfund je Kopf festgesetzt. Vom Arbeiter- und Soldatenrat wurden Haussuchungen nach Lebensmitteln vorgenommen.

Am 17. Mai protestierte die Bevölkerung der Lößnitz in einer vom Vorsitzenden des Bürgerrats der Lößnitzortschaften, Dr. Gronau, Niederlößnitz, nach der Weintraube einberufenen Versammlung energisch gegen den Gewaltfrieden von Versailles. Am 28. Juni 1919 wurde der Schandfrieden von deutscher Seite unterzeichnet. Einer der Unterzeichner war der Reichsminister Hermann Müller, der seine Jugend zum Teil in Niederlößnitz verlebte, da sein Vater um 1889 Leiter der Niederlößnitzer Champagnerfabrik war und der das Krieger'sche Privatinstitut in Kötzschenbroda **) besuchte.

Am 08. August 1919 wurde die erste **Volkszählung** nach dem Kriege durchgeführt. In Niederlößnitz wurden in 1405 Haushaltungen 4968 Einwohner, und zwar 1835 männliche und 3133 weibliche festgestellt.

Die Jahre nach dem Weltkrieg sollten auch für Niederlößnitz wie für alle anderen Lößnitzgemeinden einschneidende Veränderungen mit sich bringen. Waren die Vereinigungsbestrebungen in den beiden naturnotwendig zusammengehörigen Gemeinden Niederlößnitz und Kötzschenbroda eigentlich nie ganz zur Ruhe gekommen, so drängten die Verhältnisse nach dem

*) Stadarchiv Radebeul Niederschrift über die Verhandlungen des Ausschusses zur Sicherung der Volksernährung.
 **) Die Krieger'sche Lehr- und Erziehungsanstalt mit Pensionat und Höherer Töchterschule, Meißner Str.47 (später Nr.273, Molkerei Müller), wurde 1867 auf dem Altfriedstein von Schuldirektor Carl Moritz Krieger gegründet und 1872 nach der Meißner Str.verlegt. Sie bereitete für den Eintritt in die Tertia eines Gymnasiums vor. C.M.Krieger starb 1889. Sein Sohn Arno Krieger, cand.theol., löste 1905 die Anstalt auf und zog nach Leipzig.

Friedensabschluss unaufhaltsam darauf zu. Die neue Staatsordnung hatte den einen wesentlichen Punkt, an dem der Zusammenschluss 1904/04 in der Hauptsache gescheitert war, beseitigt, den steuerlichen Unterschied der beiden Gemeinden, der durch die Einführung der Reichseinkommensteuer hinfällig geworden war. Die Steuerhoheit der einzelnen Gemeinden war durch die neuen Steuergesetze stark eingeschränkt worden.

Die kurz nach dem Kriege wieder aufgenommenen Zusammenschlussbestrebungen, in denen u.a. schon im Februar die Vereinigung von Naundorf und Zitzschewig in öffentlichen Versammlungen behandelt worden war, zielten nicht auf den Zusammenschluss einzelner Ortschaften, sondern auf die **Vereinigung sämtlicher Lößnitzorte** von Radebeul bis Zitzschewig ab. Einen starken Anstoß dazu gaben u.a. auch die Ausdehnungs- und Einverleibungspläne Dresdens, die sich, wie der damalige Amtshauptmann von Dresden-Neustadt Dr. Lempe am 24. Februar bei einer Besprechung mit den Gemeinderäten von Naundorf und Zitzschewig betonte, auch auf die Lößnitz erstrecken würden. Am 04. November 1921 legte der für die Gesamtvereinigung gebildete Ausschuss einen bis ins kleinste ausgearbeitete Denkschrift vor, nach der der Zusammenschluss am 01. April 1922 in Kraft treten sollte. Die neue Gemeinde sollte den Namen "*Eiblößnitz*" erhalten. Gemeindevorstand Hans war der Vorsitzende dieses Vereinigungsausschusses. Für Niederlößnitz wurde in der Denkschrift ein Reinvermögen von 1.235.760,07 Mark ausgewiesen. Es stand damit an dritter Stelle hinter Radebeul und Kötzschenbroda.

Aber wie so viele Vereinigungspläne vor ihm, scheiterte auch dieser großzügige Plan. Er zerschlug sich, wie 1923 gelegentlich auch in der Presse erwähnt wurde, in der Hauptsache an dem "Mangel wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Ost- und Westlößnitzortschaften" und an der "großen räumlichen Ausdehnung bei beschränkten Verkehrsmitteln und der davon zu befürchtenden Umständlichkeit und Verteuerung der Verwaltung". Diese Gründe wurden von den Gegnern der Vereinigung besonders ins Feld geführt, obwohl die in der Denkschrift vorgesehene Verteilung der Verwaltungsstellen im wesentlichen Kötzschenbroda für die West- und Radebeul für die Ostorte vorsah.

Zwei Jahre darauf wurde der Plan einer Vereinigung der vier Westorte wieder aufgenommen. In Niederlößnitz war die öffentliche Meinung so, dass man einen Zusammenschluss mit Kötzschenbroda wohl oder übel als notwendig anerkannte, dass man sich aber mit der Einbeziehung von Naundorf und Zitzschewig nicht recht befreunden wollte. In der Gemeinderatssitzung vom 22. März 1923 lehnte derselbe die Erörterung der Frage eines Zusammenschlusses mit Naundorf und Zitzschewig mit 8 gegen 7 Stimmen ab. Da aber Kötzschenbroda auf den Anschluss besonders von Naundorf bestand, nahm man am 12. April die Verhandlungen wieder auf.

War für die ablehnende Haltung der Gemeindeverordneten am 22. März die Befürchtung, dass Niederlößnitz bei einem Zusammenschluss mit den beiden Westgemeinden "einen schweren Stand in der Erhaltung seiner jetzigen Gestalt haben und jedenfalls glatt majorisiert werden würde", so wurden in der vom 12. April politische Befürchtungen laut.

Schließlich erklärte sich der Gemeinderat in der Sitzung vom 31. Mai mit dem Zusammenschluss der vier Gemeinden Kötzschenbroda, Niederlößnitz, Naundorf und Zitzschewig in seiner Mehrheit gegen eine Stimme einverstanden, nachdem der Gemeindevorstand Hans energisch dafür eingetreten war. Hans legte dar, "dass sich Niederlößnitz auf die Dauer nicht ohne Kötzschenbroda halten könne, dieses aber auf Naundorf bestehe wegen des Industriegeländes und des Ausschiffungsplatzes. Für den Anschluss der Gemeinde Zitzschewig interessierte nur dessen Wasserwerk. Der einseitige Charakter von Niederlößnitz berge eine Gefahr in sich, er könne sich zu der Politik der verpassten Gelegenheiten nicht entschließen. Lehne Niederlößnitz jetzt den Beitritt zur Vereinigung ab, so werde dadurch die Vereinigung von Kötzschenbroda mit Naundorf nicht aufgehoben, Niederlößnitz bleibe isoliert. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen sei mit einer Zwangseingemeindung zu rechnen. Anzeichen dafür seien vorhanden." Gemeindevorstand Hans wies zwar die Behauptung eines Gemeindevertreters zurück, Niederlößnitz sei, wie alle anderen Gemeinden, bankrott. Aber auch von Gegnern der Vereinigung wurde in der Sitzung die Meinung geäußert, dass man glaube, "dass Niederlößnitz mit Rücksicht auf die zukünftige finanzielle Lage der Gemeinde sich nicht lange halten könne". In der gleichen Sitzung wurde über den Namen der neuen Gemeinde beraten. Im Ortsgesetz war, wie schon 1921, der Name *Eiblößnitz* vorgesehen. Abweichend davon wurde beschlossen, den Doppelnamen *Kötzschenbroda-Niedertößnitz* in Vorschlag zu bringen. Beide

Namen wurden vom Ministerium des Innern abgelehnt und der Name **Kötzschenbroda** bestätigt. Unter diesen Namen trat am 01. Oktober 1923 die neue Gemeinde ins Leben.

Nach 84-jährigem Bestehen als politische Gemeinde ging Niederlößnitz in dem neuen Gemeindewesen auf. Mit 320 Einwohnern hatte sich 1832 der Weinbergverein als ihr Vorläufer gebildet, mit rund 5200 Ortsangehörigen vereinigte sich Niederlößnitz 1923 mit den drei weiteren Westlößnitzgemeinden Kötzschenbroda, Naundorf und Zitzschewig zur Gemeinde, späteren

Stadt Kötzschenbroda.

Während dieser für einen Ort kurzen Zeit lenkten folgende Männer die Geschicke von Niederlößnitz:

Als Vostände der Repräsentanten des Weinbergvereins

1832 Gottfried Lange

1832 -1835 Heinrich Sickmann

1835 -1839 Heinrich August Hilliger

als Gemeindevorstände

1839 -1845 Heinrich August Hilliger

1845 -1867 Heinrich Schenk

1867-1869 Wilhelm Häbold

1869-1892 Friedrich Petz

1892-1903 Max Herz

1904-1923 Oswald Hans

Anhang

Zur Gründungsgeschichte der vormaligen Gemeinde Niederlößnitz

Bisher wurde die Gründungsgeschichte des sogenannten **"Weinbergvereins"** vom 08. Februar 1832 als das älteste Aktenstück über die Entstehung der 1839 ins Leben tretenden politischen Gemeinde angesehen. Das Archiv der Gemeinde Niederlößnitz bzw. der Stadt Kötzschenbroda enthält zur Zeit des Entstehens der "Chronik Niederlößnitz" um 1930 keinerlei Hinweis, dass es schon 10 Jahre vorher zur provisorischen Errichtung eines losen Verbandes der Weinbergsbesitzer zur Regelung der Armenpflege innerhalb des Weinbergsgebietes gekommen ist. Erst in den Aktenbeständen der ehemaligen Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, die **1935** beim Ausscheiden der Stadt Radebeul aus deren Archiv überwiesen wurde und die bisher für die Heimatgeschichte nicht ausgewertet wurden, findet sich ein Aktenfaszikel *"Acta Judicialia, die zwischen der Gemeinde in der Unter-Lössnitz und der zu Kötzschenbroda, wegen des von letzterer behaupteten Befugnisses zur Benutzung der Berggassen, entstandenen Zwistigkeit. Ergangen vor dem Amte Dresden 1821.Lit.K.No 20."*, in dem sich auf Fol.70 ein Protokoll über die in der Niederschänke zu Kötzschenbroda (Gold.Anker) am **27. September 1823** stattgefundene Beratung des Kreishauptmanns Graf Hohenthal und des Justizamtmanns Pechmann mit den Weinbergsbesitzern über die Errichtung eines **Kommunalverbandes zur Armenversorgung** befindet.

Diese Beratungen fanden im Anschluss an Verhandlungen statt, die zur Beilegung von Streitigkeiten über die Benutzung der Weinbergsgassen als Hutung und zur Gräserei durch die Gemeinde Kötzschenbroda mit den Weinbergsbesitzern entstanden waren und die schon seit 1815 andauerten.

Die Altgemeinde Kötzschenbroda, zu deren Flur das Weinbergsgebiet mit Ausnahme einiger von altersher exemtar Grundstücke gehörte, glaubte sich auf Grund der Gemeinderügen zur Benutzung der Weinbergsgassen berechtigt, ihr Groß- und Kleinvieh in die engen Berggassen zur Abweidung der dortigen Gräseränder zu treiben. Auf Beschwerde der Weinbergsbesitzer wurde ihr dies 1815 vom Gerichtsamte verboten, ohne dass sie sich daran kehrte. 1821 verpachtete die Altgemeinde die Grasnutzung in den Berggassen an einen Auszügler Taschenberger, der bei Ausübung der Gräserei von dem Weinbergsbesitzer Trepte in Ausübung seiner angeblich richterlichen Rechte gepfändet werden sollte. Trepte zeigte Taschenberger und die Altgemeinde Kötzschenbroda beim Amte Dresden an. Aus diesem Vorfall entwickelte sich ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen den Beteiligten, dem Justizsamte und der Landesregierung über die Rechtsgrundlage des Verhältnisses der Weinbergsbesitzer zur Altgemeinde Kötzschenbroda. In einem Bericht des Justizsamtes an die Regierung wird darüber unter anderen auf Fol. 38/39 folgendes ausgeführt:

"Die Gemeinderügen, auf welche sich die Gemeinde ihres Anspruches halber (Benutzung der Berggassen) bezogen hat, sind von einem doppelten Gesichtspunkt aus zu betrachten. Entweder sind sie als ein Vertrag unter den Beteiligten anzusehen, oder rücksichtlich der erlangten Confirmation als ein Privilegium oder Statut.

Als ein Vertrag können sie nur diejenigen binden, die bei dessen Abschluss concuhert haben. Die über die Errichtung der Gemeinderügen ergangenen Amtsakten weisen aber evident nach, dass bei Errichtung dieser Rügen nur die eigentlichen Dorfbewohner concuriert haben, keineswegs aber die Weinbergsbesitzer.

Dieses hat man gar nicht als Communglieder betrachtet, obschon jetzt behauptet wird, dass ihre Besitzungen ursprünglich auf Gemeinde-Grund und Boden erbaut worden wären und in der Regel jeder, der sich in einer Flur ansässig macht, als zur Commun gehörig zu betrachten sein möchte. Die dermalige Behauptung der Gemeinde Kötzschenbroda steht daher in großem Widerspruch mit der Erklärung, welche sie wegen Aufnahme der Weinbergsbesitzer in ihren Communalverband behufs Beitritts zu ihren Armenversorgungsanstalten verweigernd abgab, wie mittels Berichtes vom 23. Juli 1821 angezeichnet worden ist. "

Auf diese Verweigerung bezieht sich der Weinbergverein in seiner Gründungsurkunde, dass die Weinberge mit keiner der angrenzenden Dorfgemeinden in irgend einem Kommunalverhältnis gestanden hätten.

In der erwähnten Versammlung der Altgemeinde und der Weinbergbesitzer am 27. Sept. 1823 verzichtet die Gemeinde Kötzschenbroda auf die Benutzung der Berggassen zur Hutung und Gräserei. Anschließend an diesen Verzicht der Altgemeinde wurde von den Weinbergbesitzern in der Beratung mit dem Kreishauptmann und dem Justizamtmann folgende Grundzüge zur Errichtung eines Kommunalverbandes aufgestellt und damit der erste Schritt zur Entstehung der Gemeinde Niederlößnitz getan:

- 1 Kein Hausgenosse soll ohne Vorwissen der Gemeinde ohne Attest und Logiskarte aufgenommen werden, außerdem der Eigentümer Gefahr und Verbindlichkeit einer Versorgung desselben und ihrer Angehörigen selbst trägt.
- 2 Jeder Winzer soll vor der Hand jährlich 1 Taler in die Armenkasse erlegen, Hausgenossen von Mann und Frau 1 Taler, außerdem für jede einzelne Person 12 Groschen.
- 3 Die Herrschaft oder der Bergbesitzer ist für die richtige Abführung dieses Betrages verhaftet.
- 4 Wenn in der Folge ein ausreichender Fond sich gebildet hat, so können und sollen diese Individualbeiträge der Winzer herabgesetzt werden und zwar nach den Verhältnissen.
- 5 Die Beiträge der Weinbergseigentümer und Herrschaften sollen noch durch besondere Vereinigung festgesetzt werden, auch wird jede Herrschaft den anderen Bergeigentümern rücksichtlich der Beträge gleichgestellt werden.
- 6 Bei vorkommenden Käufen und anderen Besitzübertragungen soll von jeden 100 Taler 2 Groschen zur Armenkasse entrichtet werden.
- 7 Sollen die nach dem Mandate vom Jahre 1772 vorgeschriebenen Almosensammlungen gehalten werden.
- 8 Es soll durch gemeinsamen Beschluss ein besonderer Almoseneinnehmer gewählt und dem Amte zur Verpflichtung präsentiert werden.
- 9 Alle Vierteljahre soll eine Versammlung der sämtlichen Kommunglieder stattfinden und die vorzulegenden Armenkassenrechnungen durchzugehen, auch die dabei vorzulegenden Kommunrechnungen der Gerichtspersonen zu prüfen und die Beiträge eines jeden einzelnen zu normieren und zu berichtigen.
- 10 Zu den vorkommenden Transporten von den in dem Kommunbezirke eingebrachten Bettlern, Vagabunden und Verbrechern sollen sich die Gerichtspersonen zuverlässige Personen sichern, durch welche dergleichen Personen zu transportieren und der Lohn in den Kommunalrechnungen verschrieben werden.
- 11 Diejenigen Auslagen, welche die Gerichtspersonen für die Kommune im Laufe eines Vierteljahres bestritten haben, werden bei diesen Zusammenkünften berechnet und der Gerichtspersonen restituiert, auch werden ihnen sonstige Auslagen und Gebühren nach Befinden auf Bestimmung des Amtes vergütet, auch soll darauf Rücksicht genommen werden, dass dieselben die bisherigen Gebühren und Verläge bezahlt und erstattet werden. Mit diesen Bestimmungen sind sämtliche anwesende Weinbergbesitzer einig und zufrieden gewesen. Herr Finanzprokurator Ayrer hat solches hinsichtlich der Abwesenheit ad referendum angenommen mit dem Versprechen, sich ebenfalls darüber binnen dreiwöchentlicher Frist zu erklären und es haben sodann die anwesenden Weinbergbesitzer in Signum der Genehmigung des weiteren sowohl, als des gegenwärtigen ebenfalls vorgelesenen Protokolls letzters mit unterschrieben.

gez. Heinrich Ludwig Hausmann. Act. jur

Plan der Altgemeinden der Stadt Radebeul

